

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hüften- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gepaltene Petitzeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Kollegen! Metallarbeiter!

Der Kampf im Baugewerbe tobt weiter und nimmt immer größere Dimensionen an. Die Scharfmacher haben sich auf der ganzen Linie zusammengefunden, um die Arbeiter niederzurängen. Diesem gewaltigen Kampfe können und dürfen auch wir Metallarbeiter nicht müßig und gleichgültig zusehen.

Kollegen!

Gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter, kommt ihnen mit Sammlungen von Geldmitteln zu Hilfe. Der Gesamtverband deutscher Metallindustriellen, wie der Verein deutscher Arbeitgeberverbände unterstützen mit großen Mitteln die Unternehmer des Baugewerbes; laßt euch von jenen in der Solidarität nicht beschämen. Kollegen, zeigt, daß die Arbeiterolidarität kein leerer Wahn ist, steuere ein jeder nach besten Kräften und laßt auch Freunde und Bekannte dafür zu gewinnen.

Nehmt sofort mit allem Eifer die Sammlungen auf, damit die Metallarbeiter gegenüber den übrigen Berufen nicht zurückstehen.

Metallarbeiter! Kollegen!

Der gemeinsame Ansturm des Unternehmertums zur Vernichtung der Arbeiterorganisationen muß zurückgeschlagen werden. An der Geschlossenheit und Opferfreudigkeit müssen die Pläne des Scharfmachertums scheitern. Zeige dich ein jeder als Mitkämpfer für die Verteidigung der Arbeiterrechte.

Auf zur Tat! Hoch die Arbeiterolidarität!
Weber, Verbandsvorsitzender.

Zur moralischen Bewertung des Streikbruchs und der Arbeitswilligen.

Ein Schlußwort von Dr. F. Imle.

Herr Professor Dr. Weber unterscheidet scharf den Nationalökonom und Sozialmoralisten. Es sei nicht Aufgabe der Nationalökonomie, irgend einen Vorgang im wirtschaftlichen oder sozialen Leben moralisch zu würdigen und er habe lediglich als Nationalökonom seine Ausführungen gemacht. Hierzu meine ich: Die Unterscheidung ist an sich korrekt und ich selbst halte streng darauf, sie zu machen; Nationalökonomie und Sozialethik ergänzen und durchdringen sich aber, sie stehen in unzweifelhafter Wechselwirkung, wie Theorie und Praxis. Streng wissenschaftlich hat die Nationalökonomie lediglich mit der Schilderung und Untersuchung dessen zu tun, was ist; sie gleicht der Anatomie, nur daß sie statt des menschlichen den gesellschaftlichen Körper analysiert. Wie sich nun aber die Medizin auf Grund anatomischer Tatsachen an die Krankheitsvorbeugung und Heilung macht, arbeitet die Sozialethik reformerisch im Sozialorganismus. Die Nationalökonomie hat nicht mit gutem und bösem zu schaffen, sie wertet nicht, sondern stellt nur dar. Anders die Sozialreform, die an Werturteile gebunden ist und von diesen ausgehend Bestehendes kritisiert und Gewünschtes erstrebt. Eine Sozialreform ohne ethische Grundlage gibt es nicht, gleichviel, wie diese Moralideen dogmatisch begründet sein mögen. Wenn also Weber mindestens im dritten Punkte seines Vortrages untersucht, wie die Arbeitswilligkeit sozialreformatorisch zu bewerten sei, so betrifft er, der Nationalökonom, eben damit auch das moralistische Gebiet und beweist damit die enge Verbindung von Nationalökonomie und Ethik. Dies zur philosophischen Seite der Frage.

Wenn Weber sich nun dagegen verwahrt, er habe nicht den aktiven Streikbruch, den gewerkschaftlichen Disziplinbruch, gemeint und verteidigt, so freut uns dies aufrichtig, er ist dann nur noch der Apostel des Indifferentismus. Was nun die moralische

Beurteilung des Indifferentismus anbelangt, so sagt schon seine Bezeichnung, daß er nicht sittlich bewertet werden kann, weil indifferente d. h. noch nicht ihrer Solidaritätspflicht bewußte Arbeiter höchstens bedauert werden können. Kein Mensch ist für ihm selbst unbewußte Fehler und Vergehen verantwortlich. Mit Weber werden also auch wir diese Leute nicht verurteilen, wohl aber aufklären und zur Solidarität erziehen.

Wie stehts nun aber mit den Prinzipien der Demokratie und der Beurteilung der Arbeitswilligen, d. h. also nach Weber, der nicht Mitstreifenden, soweit sie ihrer Handlung bewußt sind? Weber will beweisen, daß sie nach demokratischen Grundsätzen zu ihrem Nichttun gehen berechtigt seien. Er beruft sich dabei auf die Meinungsfreiheit und Respektierung der Minderheit und Individualität, die notwendige Bedingung wahrer Demokratie sind. Ich fasse Demokratie auch nicht als Massenherrschaft ohne Beachtung sozialer, ökonomischer oder gar persönlicher Besonderheiten. So gut wie jeder Staatsbürger in der Demokratie vor der gesetzlichen Sanktion gegen einen Volksbeschuß opponieren und mit aller Macht seinen Standpunkt geltend machen kann, darf dies vor dem Streikbeschuß jedes Organisationsmitglied, jede Ortsgruppe, jeder Bezirk. Wegen aber formell fertige Entschlüsse vor, ist die Organisation, der der Einzelne angehört, in der Aktion begriffen, dann gibt es für das Gewerkschaftsmitglied, für den Ortsverein usw., eben so wenig ein Selbstbehauptungsrecht wie im Kriege der Soldat fahnenflüchtig werden darf, weil er Freund des Friedens ist, oder wie der Bürger sich über ein Gesetz hinwegsetzen darf, weil er seinem Zustandekommen Opposition entgegengesetzt hatte.

Die Meinungsfreiheit in Ehren, das muß die christliche noch mehr als jede andere Demokratie betonen — möglichsie Berücksichtigung lokaler und sonst spezieller Interessen, aber keine anarchistische Preisgabe der Gesamtheit an den Einzelmillen, keine Störung des Gesamtzwecks durch sentimentalen Kultus des Individualismus.

Weber meint nun aber, selbst wenn die Demokratie enger fasse, als z. B. der Sozialdemokrat E. Fischer, müßte ich doch zugeben, daß Gewerkschaftsbeschlüsse für Außenstehende nicht bindend seien. Ich habe geschrieben, keine Gewerkschaft habe das Recht, ihre Beschlüsse als allgemein bindendes Gesetz zu proklamieren und wolle damit den Unterschied zwischen freier Berufs- und staatlicher Zwangsorganisation klar legen. Ich dachte dabei an den äußeren Druck, materielle Bestrafung, Zwang usw., die der § 153 der G.-D. nach meiner Auffassung mit Recht ausschließt, nicht an den moralischen Einfluß der Gewerkschaft. Wenn die Organisation in Verfolg der gesamten Standesinteressen als deren legitime Vertreterin handelt, und dabei auf Widerstand bei den außenstehenden Arbeitern stößt, so ist es selbstverständlich, daß sämtliche Organisationsmitglieder und mit ihnen alle die, die ihre Aktion für gerecht und gemeinnützig halten, darin einen Solidaritätsbruch, einen Verstoß gegen den Korpsgeist erblicken. Standesolidarität ist allerdings ein moralischer, kein nationalökonomischer Begriff.

Anderes als der Gewerkschaftler und der auf Seiten der Organisation stehende Bürger kann allerdings derjenige urteilen, der die Demokratie so formalistisch und materialistisch faßt, wie Prof. Weber leider mir zutraut; d. h. der nur die Massenherrschaft in der sieht. Er kann das Stehenbleiben der Arbeitswilligen dann für demokratisch berechtigt halten, wenn sie die zahlenmäßige Mehrheit bilden. Wäre aber ein derartiger Urteil wirklich demokratisch? Die Mehrheiten sind, rein materiell gesprochen, berechnigter als die Wenigeren. Versteht man jedoch unter Demokratie mehr als die formell materialistische Majoritätsherrschaft einer ungegliederten, in Atome zerfallenden Vielheit, nämlich das Walten einer organisch geordneten Gesamtheit zum gemeinnütigen Zweck, dann sieht die Sache anders aus. Dann ist eben die Berufsorganisation, auch wenn sie die Minderheit der Beschäftigten repräsentiert, eines organische Sozialwesen, während die Vielen,

Ungeeinigten ohne gemeinsamen Zweck, überhaupt kein Sozialwesen darstellen. P. Besch sagt in seiner Volkswirtschaft sehr fein, die Gesellschaft sei mehr als die Vielheit von einzelnen, sie sei ein organisches Sozialwesen. Dasselbe sagen wir von der legitimen Ständevertretung gegenüber der unorganisierten Vielheit. Was die Würde der Gesellschaft ausmacht, ist eben ihre Einordnung zum Gesamtzweck. Dasselbe nehmen wir für die Gewerkschaft gegenüber der unorganisierten Masse in Anspruch. Liebigens wird in der Praxis wohl selten ein Streit vorkommen, bei dem die Mehrheit der Arbeiter stehen bleibt. Ist dies voranzusehen und man vergemissert sich dessen vor der Aktion, dann unterbleibt die Bewegung, wie gemeinnützig sie auch sein könnte und wie gerecht sie auch wäre, aus rein praktischen Gründen.

Mit dem, was wir über das Wesen der Sozialorganisation sagten, ist auch dem beizugehen, was Madec meint, indem er mit Veimpeyres behauptet, die Art, wie heute Streiks in öffentlichen Versammlungen beschlossen werden über den Kopf der Gewerkschaften hinweg, sei grundverkehrt, daher wohl auch nicht bindend. Unter legitim beschlossenen Streiks versteht man solche, die von den dazu vorhandenen Organisationen der demokratischen Mehrheit in ihnen ausgehen, nicht unterirdische Versammlungsbeschlüsse atomistisch ungeeinigt und unverantwortlicher Volksmassen. Bedient sich die Gewerkschaft zum Streikbeschuß aus irgend einem Grunde — es kommt übrigens selten vor — der unkontrollierten öffentlichen Versammlungen, zu der alle möglichen Elemente Zutritt haben, so ist dies ihre Torheit, deren Konsequenzen sie aber zu tragen hat, da sie ihre Urheberin ist; der Streikbruch resp. das Stehenbleiben bewußter Ständegenossen rechtfertigt auch das nicht, es verpflichtet sie nur, soweit sie Mitglieder der Gewerkschaft sind, derartige Mißbräuche abzuschaffen. Beschlüsse über den Kopf der Organisation hinaus können übrigens deshalb nicht so leicht gefaßt werden, weil legitimstanzlich der Zentralvorstand zu bestimmen hat. Aus ihm spricht die Repräsentation des legitimen Sozialorganismus; verbietet er den Ausstand, so wäre Streik Disziplinbruch und ist Stehenbleiben Pflichttatsache. Ebenso kann die Situation, wie wir bereits andeuteten, bei ungerechten, gemeinfeindlichen, oder solchen Streiks sein, die als Kampfmittel zur Vernichtung anderer Vereinigungen, nicht aber auf Grund der legitimen Koalitionsausnutzung herbeigeführt werden.

Und konsequenterweise müssen wir auch dem nicht aussperrenden Unternehmer dies als Solidaritätsbruch anrechnen? Natürlich wird dies im allgemeinen geschehen müssen. Ausnahme bleiben auch Aussperrungen, die gleich den zu verwerfenden Streiks ungerecht sind. Nun hat in seiner Entgegnung auf Treib P. Wiederlad sehr wahr bemerkt, daß eine Aussperrung weit leichter die Gebote der Gerechtigkeit und Liebe verletzt, als ein Streik, demnach wird sie auch eher gegen die guten Sitten verstoßen. Berechtigt sind aber die Unternehmer so gut wie die Arbeiter, dies letzte Kampfmittel der Selbsthilfe zu gebrauchen und sie haben wie diese ihre Standesolidarität. Die Mißbilligung einer Aussperrung kann übrigens ein Arbeitgeber auch anders und kollegialer ausdrücken, als durch Nichtbeteiligung und auch zur Bekundung seiner Arbeiterfreundlichkeit und christlicher Nächstenliebe gibt's Mittel, die die Standesolidarität nicht verletzen und doch unverstänlich sind.

Praktisch würde es den Gewerkschaften schaden, wenn sie generell den Streikbruch als Feigheit, die Streiklust als Tapferkeit bezeichneten. Diese Moral würde die Mitglieder radikal korumpieren und zwar so, daß ihre Führer keinen bändigen Einfluß mehr auf sie hätten, meint Weber. Aber die Zeiten sind fast in allen Berufen, und sogar bei den Sozialdemokraten, ziemlich vorbei, wo man den Gipfel des sozialen Heroismus im Streiken sah. Man achtet und schätzt heutzutage schon mehr die Geduld und Vorsicht und vor allem die friedliche Mitarbeit an der Gewerksreform, die selbst für die besten Disziplin. Die Gewerkschaftsheroen von heute

Und eher die, die auf eine gerechte und mögliche Bewegung verzichten, im Interesse der weitausgehenden Organisation, oder die im Hinblick auf dauerndes Emporstreigen eine Augenblicksrente fahren lassen. Insofern wird zwischen Weber und uns im Verwerfen eines laienmässigen Radikalismus und einer einseitigen äußerlichen Kampfauffassung kaum ein Gegensatz sein.

Nur Wiederlegung dessen, was ich gegen seine dritte These sagte, führt Weber fast nichts ins Feld, umso besser. Und zuletzt rät er den christlichen Gewerkschaften, das Dogma der Streikföhde einer Revision zu unterziehen. Ich bin so wenig wie Weber für Gewerkschafts-Dogmen. Im ewigen Wechsel der Sozial- und Wirtschaftsentwicklung gibt es vielmehr, ewige Moralgrundsätze zur jeweils richtigen Anwendung zu bringen. Das erfordert, hierin stimmen wir überein, eine dauernde Revision, nicht der Grundsätze, aber der praktischen Grundfahnenanwendung und Beurteilung. So kann auch gar nicht schaden, wenn wir uns, wie diese Auseinandersetzung es andeutet, über die Begriffe des Streikbruchs usw. und die moralische Wertung sozialer und unsozialer Aktionen immer aufs neue klar werden.

Aus dem Jahresbericht des Regierungs- und Gewerbeberats in Magdeburg für das Jahr 1909

Ist zu entnehmen, daß die Gesamtzahl aller Arbeiter sich von 77 792 auf 79 471, also um 2 Proz. erhöht hat. Die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter ist von 50 469 auf 50 909 gestiegen. Die geringe Zunahme wird auf den schwachen Geschäftsgang in fast allen Betrieben der Metallindustrie zurückgeführt.

Zur Einführung der englischen Arbeitszeit hat sich eine Metallfabrik, die etwa 100 Arbeiter beschäftigt, entschlossen. Die Arbeitszeit dauert von 7 1/2 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags, wobei die erwachsenen männlichen Arbeiter nur eine halbstündige Mittagspause, die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter die geschmähigen Pausen haben. — Eine Hütte hat auf Einwirkung des Gewerbeinspektors für die in den Retortenhäusern als sogenannte Spitzungen beschäftigten Arbeiter im Alter von 16-18 Jahren, die bisher an Sonntagen 24stündige Wochenschichten zu verrichten hatten, eine Verkürzung der sonntäglichen Arbeitszeit auf 16 Stunden vorgenommen.

Unter die Bekanntmachung betreffend den Betrieb der Anlagen der Großindustrie vom 17. Dezember 1908 fallen im hiesigen Bezirk sechs Anlagen und zwar:

1 Hochofenwerk mit 176 Arbeitern
2 Puddelwerke mit 1090 "
1 Hammerwerk mit 165 "
1 Walzwerk mit 106 "
1 Gem. Betrieb mit 3179 "

Von der Ausnahme nach § 2 Abs. 2 der Bekanntmachung hat kein Werk Gebrauch gemacht. Alle Werke haben es vorgezogen, keine Auszüge aus den Lohnlisten, sondern Ueberarbeitsverzeichnisse anzufertigen.

Die Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt in den ununterbrochen fortgeführten Betrieben bei wechselnder Tag- und Nachtschicht — abgesehen vom Hochofenwerk, bei dem ein Teil der Arbeiter dreischichtig beschäftigt wird — 12 Stunden. Mit Ausnahme des Hochofenbetriebes ruht in allen Anlagen an Sonn- und Festtagen der ununterbrochene Betrieb mindestens 24 Stunden.

In den Puddelwerken hört der Werktagbetrieb gegenwärtig in der Regel am Samstagabend um 6 Uhr auf und beginnt erst wieder am Montag früh um 6 Uhr, eine Arbeitsweise, die allerdings zum Teil auf die ungünstige Geschäftslage zurückzuführen ist.

Zwei Tabellen veranschaulichen das Bild, in welchem Maße die Ueberarbeit in den Anlagen der Großindustrie gelindert wurde. Die Angaben beziehen sich auf die Zeit vom 1. April bis 30. November 1909, also für acht Monate. Der Bericht führt die Ueberarbeit hauptsächlich auf die notwendige Reparaturarbeit zurück. Auf die Verhältnisse des „Gemischten Werks (Kote Erde“ b. B.) geht der Bericht eingehender ein. Die Ueberarbeit wird in diesem Betrieb für die Sonntagarbeit dahin erklärt, daß es sich für die Maschinenisten, Kesselwärter, Schlosser, Maurer, Plazarbeiter fast durchweg um Reparatur-, Instandsetzungs- und Anstricharbeiten handele, während für die übrigen Arbeiter die nötige Vorbereitung zur Wiederaufnahme des vollen Betriebes in Betracht komme. Hierzu gehört z. B. im Walzwerk das periodische Auswechseln der Walzen, im Martinwerk das Waruhalten der Deisen. Die Ueberarbeit an den Wochentagen, die für den einzelnen Mann selten länger als 2-3 Stunden dauert, wird durch zeitweilige Arbeitsföhung bedingt.

Der Bericht hebt hervor, daß der Beginn der Arbeit am Sonntag morgen um 6 Uhr festgesetzt ist, sobald den Arbeitgelegenheit gegeben ist, vorher den Gottesdienst zu besuchen. Als günstig wird weiter der Umstand bezeichnet, daß die Sonntagarbeit gut bezahlt wird. Es wird gezahlt für die Zeit von morgens 8 Uhr bis mittags 2 Uhr eine ganze Schicht, die Stunden von 2 Uhr ab werden mit 1/4 Schicht bezahlt, sobald jeder, der bis 6 Uhr arbeitet, den Lohn für zwei volle Schichten erhält. Die Sonntagarbeit soll aus diesen Umständen gern geleistet werden.

Von den Vorschriften über die Pausen (§ 3 a. a. O.) wurden nach genauer Prüfung der Betriebsverhältnisse in den einzelnen Werken folgende Ausnahmen bewilligt:

1. Hochofenwerk. Für die Schmelzer und für alle Arbeiter, welche die Maschinen, Kessel, Apparate und die Trastiebahnen bedienen und mit der Fortschaffung der Hochofenschlacke beschäftigt sind (35 Mann), wurde die Verkürzung der vorgeschriebenen einstündigen Hauptpause (Mittags- oder Mitternachtspause) auf drei Viertelstunden gestattet. Für die Rangierer der Tageschicht (5 Mann) ist eine halbstündige Hauptpause zugelassen worden. Der Antrag, die Anrechnung von Arbeitsunterbrechungen auf die zweistündige Gesamtdauer der Pausen auch dann zu gestatten, wenn die einzelnen Unterbrechungen von kürzerer als einviertelstündiger Dauer sind, wurde nicht genehmigt. Bemerkenswert ist, daß das Werk im Berichtsjahre für die Wägen, Eisenträger, Erzlader

und Erzverticger (42 Mann), die die beschwerlichsten Arbeiten zu verrichten haben, die achtsündige Schicht wieder eingeföhrt hat, die im Vorjahre unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse abgebrochen und durch die zwölfteinstündige Schicht ersetzt war. Die Verkürzung der Hauptpause auf drei Viertelstunden wurde gestattet, weil eine längere Pause aus betriebstechnischen Gründen nicht möglich war, andere sachlich ausgebildete Leute aber nicht als Ersatzmänner herangezogen werden können. Die zugelassene halbstündige Pause für die Rangierer der Tageschicht gilt nur für eine kleine Anzahl von Personen, die am Tage zwar immer bereit sein müssen, um die sehr unregelmäßig zugestellten Eisenbahnwagen in Empfang zu nehmen, dabei aber mehrstündige Pausen haben.

2. Puddelwerke. Für die Puddler (225 Mann), die bereits zwischen den 5 bis 6 Einheiten in jeder Schicht eine Pause von 20 bis 30 Minuten haben, wurde genehmigt, daß die einstündige Hauptpause auf eine halbe Stunde beschränkt werden kann. Für alle Arbeiter, die an Schweißöfen mit zugehörigen Dampfmaschinen, Walzmaschinen und Walzenstrassen beschäftigt sind (231 Mann), wurde auch die einstündige Hauptpause auf drei Viertelstunden ermäßigt. Es war dies zulässig, weil zwischen den 4 bis 5 Chargen in jeder Schicht längere Pausen vorkommen. Dem Antrag auf Anrechnung der Pausen von kürzerer als einviertelstündiger Dauer auf die zweistündige Gesamtdauer der Pausen konnte nicht Folge gegeben werden.

3. Walzwerke. Für die Arbeiter der Drahtstrassen (106 Mann) wurde eine 1/2stündige Hauptpause genehmigt, weil durch eine hinreichende Zahl von Gesellen den Arbeitern längere Nebenpausen gewährt werden.

4. Gemischter Betrieb. Für die im Thomawerk in Tag- und Nachtschicht tätigen Arbeiter, also für die Schmelzer, Eisen- und Holzläder der Kupolöfen, die Konverter, Schlacken-, Pfannen- und Gießgrubenarbeiter, die Rangierer, Kranführer und Maschinenisten (200 Mann), wurde die Verkürzung der einstündigen Hauptpause auf drei Viertelstunden und die Anrechnung von kürzeren als einviertelstündigen Pausen auf deren zweistündige Gesamtdauer genehmigt. Das letzte wurde auch für die 90 Arbeiter an den Gasgeneratoren gestattet, denen die volle einstündige Pause gewährt werden muß. Für die in dem Martinwerk beschäftigten Arbeiter, die Schmelzer, Gießgruben- und Schlackenarbeiter, Rangierer, Kranführer und Maschinenisten (110 Mann), wurde die Verkürzung der Hauptpause auf eine halbe Stunde erlaubt; Pausen von kürzerer als einviertelstündiger Dauer werden bei ihnen jedoch nicht gerechnet. Bei der Regelung dieser Pausen wurde von folgenden Erwägungen ausgegangen. Für das Thomawerk ist zunächst zu berücksichtigen, daß das Werk das Eisen von seinem auswärts gelegenen Erzkohlenbetrieb erhält und in eigenen Anlagen zu verarbeiten muß. Die Rücksicht auf das ununterbrochene Arbeiten dieser Werke läßt eine längere regelmäßige Pause nicht zu, da ein Abstellen der Windleitung leicht Betriebsstörungen zur Folge haben kann. Die dreiviertelstündige Hauptpause für den einzelnen Arbeiter wird durch die gegenseitige Abhilfe innerhalb der einzelnen Arbeitergruppen und der Gruppen untereinander — nütigenfalls unter Hinzuziehung von Plazarbeitern für die einfacheren Verrichtungen — erledigt. Da der Speiseraum sehr dicht am Thomawerk selbst befindet, sind alle abgehenden Arbeiter leicht zur Hand, obwohl eine Verzichtnahme im Sinne des § 3 Abs. 4 der Bekanntmachung nur für den Arbeiter erforderlich ist, dem die Prüfung der Konverterböden auf ihre Betriebsfähigkeit obliegt. Mit Rücksicht auf die zahlreicheren kleineren Betriebsanlagen, die sich im Thomawerk bei der kurzen Dauer der einzelnen Chargen ergeben, konnte deren Anrechnung auf die Gesamtdauer der Pausen zugestimmt werden. Dies gilt auch für die Arbeiter an den Generatoren. Im Martinwerk endlich, in dem von einer Arbeitergruppe zwei Deisen bedient werden, die in einer Schicht zusammen vier Chargen liefern, deren Verarbeitung 1 1/2 bis 2 Stunden in Anspruch nimmt, ergeben sich zwischen den einzelnen Chargen so reichliche Pausen, daß davon abgesehen werden konnte, auch noch die Innehaltung einer regelmäßigen einstündigen Hauptpause zu verlangen. In allen übrigen Betriebsabteilungen, also auch im Walzwerk, sollen die Arbeiter die vorgeschriebene einstündige Mittagspause oder Mitternachtspause halten.

Nachstehende Zusammenstellung ergibt eine zusammenfassende Uebersicht über die Pausen der in zwölfstündigen Schichten in der Großindustrie des Bezirks beschäftigten Arbeiter.

Hauptpause von je 1 Stunde und 2 Nebenpausen von je einer halben Stunde	3739 Arbeiter,
Hauptpause von 1 Stunde und Nebenpausen mit Anrechnung von kürzeren als einviertelstündigen Pausen auf deren einstündige Gesamtdauer	20 Arbeiter,
Hauptpause von drei Viertelstunden und Nebenpausen wie vorstehend	200 Arbeiter,
Hauptpause von drei Viertelstunden und Nebenpausen, bei denen die Anrechnung von kürzeren als einviertelstündigen Pausen nicht gestattet worden ist	375 Arbeiter,
Hauptpause von einer halben Stunde und Nebenpausen wie vorstehend	340 Arbeiter,
Zusammen	4674 Arbeiter.

132 Anzeigen über Arbeiten, die in Notfällen unversäglich hatten vorgenommen werden müssen, liefen gemäß § 5 Abs. 1 der Bekanntmachung bei der Ortspolizeibehörde ein. In 75 Fällen, also monatlich durchschnittlich neunmal, war die Mittagspause auch in 57 Fällen, also durchschnittlich monatlich siebenmal, war die Mitternachtspause nicht vorgeschrieben eingehalten worden. Wenn auch die Anzahl dieser Meldungen, die fast ausschließlich das Walzwerk des in der Ueberacht zuletzt aufgeführten gemischten Werkes betrafen, als recht hoch angesehen werden muß, so ist doch zu berücksichtigen, daß die Zahl der von der Betriebsleitung betroffenen Arbeiter im Verhältnis zu der Gesamtzahl nicht sehr groß ist — sie beträgt für den einzelnen Fall im Durchschnitt mittags 28, mitternachts 101 — und daß ferner niemals die ganze Pause geopfert zu werden brauchte, sondern selten mehr als deren Hälfte. Als Grund wurden Betriebsstörungen, wie Walzen- und Aufschlagsbrüche, Dampfmanögel wegen Kesselreparatur, Defekte an der Maschine usw. angegeben. Die Nachprüfung einer Reihe von Meldungen hat ergeben, daß der Begriff „Notfall“ von der Betriebsleitung mehrfach nicht richtig aufgefaßt wor-

den ist, indem die Pause nicht nur zur Vornahme der nötigen Reparatur benutzt wurde, sondern auch dazu, um den durch die Störung verursachten Produktionsausfall wieder einzubringen, was dem Sinne der den Vorschriften in § 105a Abs. 1 Nr. 1 der G.-O. nachgebildeten Bestimmung nicht entspricht.

Ausnahmen gemäß § 5 Abs. 2 der Bekanntmachung sind nicht beantragt worden.

(Schluß folgt.)

Zur Generalversammlung.

Nur noch eine kurze Spanne Zeit trennt uns von der Generalversammlung. Sie als die höchste Instanz des Verbandes bedarf einer gründlichen Vorarbeit. Gewiß wird unser Zentralvorstand schon tüchtig vorarbeiten. Wenn aber die Arbeit nur in einige Händen gelegt wird, so besteht die Gefahr, daß man der Generalversammlung zu wenig Interesse entgegen bringt. Ein jeder Kollege oder jede Fachstelle kann den Delegierten die Sache erleichtern. Die Sache erleichtern, heißt durchdachte Anträge stellen bezw. Vorschläge machen.

In der Beitragsfrage könnte in der untersten (30 Pfg.) Beitragsklasse eine Minderung eintreten, indem dieser Beitrag erhöht würde. Hierfür müßte den Kollegen eine nach 14 Tagen eintretende 6 Wochen dauernde Krankenunterstützung gewährt werden. Der Unterstützungsatz müßte ohne Steigerung eingeföhrt werden, ähnlich wie bei der Arbeitslosenunterstützung. Damit wäre manchen Käufern nach Krankenunterstützung in der niedrigsten Beitragsklasse der Mund gestopft. Wir näherten uns auch allmählich der höheren Beitragsklasse im allgemeinen.

Unsere Verbandskasse zu stärken muß für die Zukunft unsere Hauptaufgabe sein. In Nr. 17 unseres Organs macht Kollege G. S. den Vorschlag, die Karenzzeit bei Krankheit und Arbeitslosigkeit von 52 auf 78 Wochen zu erhöhen. Dem möchte ich nicht zustimmen. Wohl wäre zu überlegen, ob nicht eine Verlängerung der Karenzzeit nach erfolgter Auslieferung angebracht wäre. Die Steigerung der Unterstützungsätze nach 2 Jahren, statt nach einem Jahre möchte auch ich zustimmen. In diesem Falle dürfen die bis jetzt erworbenen Rechte der Mitglieder nicht geschmälert werden. — Des weiteren wäre es wünschenswert wenn in der Wanderunterstützung eine Minderung eintrete. Nach unserem Statut darf dem reisenden Kollegen im höchsten Falle 2 Mark ausbezahlt werden. Wenn ein Kollege mit der Bahn fährt, sogar große Strecken per Bahn zurücklegt (100 bis 200 Kilometer), um so schneller vom Fleck zu kommen, und Arbeit zu erhalten, so sollte man solchen Kollegen auch eine höhere Unterstützung gewähren, da derselbe größere Auslagen hat und nur an ganz wenigen Orten die Reiseunterstützung beziehen kann.

Dem Vorschlage des Kollegen G. S., der Gründung von Branchensektionen unserer Aufmerksamkeit zu widmen, können wir voll und ganz zustimmen. Vornehmlich kommen aber solche für das Kleingewerbe in Betracht. In Handwerksbetrieben sind die Verhältnisse eben anders als im Großbetrieb. Nur eine gut eingeföhrt Branchensektion wird in den Kleinbetrieben das nötige in der Agitation leisten können.

Aber auch noch mit kleineren Fragen könnte sich die Generalversammlung befassen. Bei unserem Streiks- und Aussperrungsbesessen ist es ab und zu notwendig, daß für die Angesperrten und Streikenden Gelder gesammelt werden. Unser heutiges Sammelkasten-System genügt zu diesem Zwecke nicht mehr. Da wäre es angebracht, daß in Zukunft nur noch in verschiedenen Werten Streiks- und Aussperrungsmarken auszugeben würden. Hierdurch wäre manches Mißtrauen gegen die Sammelkasten beseitigt. Andererseits kann man bei Unterstützungen persönlicher und örtlicher Natur solche Kollegen am besten berücksichtigen, welche einmal selbst ihre Opferwilligkeit gezeigt haben.

Ebenfalls sollte sich unser Verbandsrat mit der Frage der ausländischen Bruderverbände befassen. Ein Gegenseitigkeitsvertrag mit dem Schweizer-Verbande ist zwar abgeschlossen, aber andere Länder fehlen noch. Kommt ein Kollege ins Ausland und will sich dem dort bestehenden christlichen Bruderverbände anschließen, dann bekommt er ein neues Verbandsbuch. Nach kurzem Aufenthalt im Auslande kommt er wieder nach Deutschland zurück. Ein Kollege, der jahrelang treu zum Verbande gehalten hat, ist stolz auf sein bunt beklebtes Verbandsbuch, und mancher Kollege hat es schon oft bitter empfunden, wenn er sich ein neues Buch ausstellen lassen muß. Es lassen sich auf deutschem Papier sehr gut ausländische Marken kleben und auf ausländischem Papier auch deutsche Marken. Wenn in diesem Punkte eine Verständigung der christlichen Bruderverbände herbeigeföhrt würde, wie es bei den Textilarbeitern Holzarbeitern u. a. schon der Fall ist, dann wäre den Wünschen dieser Kollegen Rechnung getragen.

Stoffen wir, daß unsere Delegierten das richtige Verständnis für alle Fragen mit nach Duisburg nehmen, dann wird auch diese Generalversammlung dem Wohle unseres Verbandes dienen.

Ortsverzeichnis	Bestand am Ort laut letzter Abrechnung		15% resp. 10% der Beiträge		Extra-Beiträge		Sonstige Einnahmen		Gesamte Einnahmen		An die Bezirkskasse abgeführt		Für Agitation am Ort		Für Porto und Schreibmaterial		Für Verwaltung		Streit-Unterstützung		Erwerbslosen-Unterstützung		Sonstige Unterstüngen		Bücher, Proschüren, Plakate		Beitrag zum Gewerkschaftsteil		Sonstige Ausgaben		Gesamtausgaben		Bestand der Lokalfasse		Saldo der Hauptkasse				
	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.	M.	J.			
Alsfeld	101	34	186	17	27	10	28	20	342	81	68	38	40	80	21	90	39	62							4	70	22	90	19	95	238	26	104	55	66	42			
Alsfeld	30	87	59	75					70	02	19	57			7	11									4	50	11	30	42	78	27	84							
Alsfeld	34	36	161	10	181	10	31		409	86	215	10	17	80	33	25	47	02							7	21	25	60	378	34	31	52							
Alsfeld	50	46	94	43					140	00	47	21	2	43	2	20	12	34							10	85			81	05	65	94							
Alsfeld	105	22	151	08					41	60	50	70	1	55	3	66	1	02								2	70	3		32	73	8	87						
Alsfeld	111	65	657	99	620	88			1350	22	688	99	6	10	26	20	41	20							4	15	15	65	38	30	209	14	92	96					
Alsfeld	208		31	73					40	43			11	15	5	67	13	57								1	60			34	99	5	44						
Alsfeld	103	72	77	76					141	11	38	80	1	10	7	85										12	25	14	70	110	87	63	54						
Alsfeld	388		42	11					45	00	21	05			5	94										1				75	45	99							
Alsfeld	3	65	72	34	13	40			93	39	96	45	10	25	5	48										4	05	3		43	39								
Alsfeld	3	12	24	53					27	95	12	20			1	80											3	16	2		26	21			1	74			
Alsfeld	28	62	72	75					122	67	36	35			6	80											8	2	2		107	88	15	79					
Alsfeld	15	71	26	94					44	35	13	32			1	20											2	95	6		41	24	3	11					
Alsfeld	74	81	129	44					293	40	89	29	20	70	14												5	5	5		183	25	20	55					
Alsfeld	1	10	45	79					50	45	23	44			11												3				50	44							
Alsfeld	47	40	60	42					110	88	30	22			4	56											10				63	27	47	61					
Alsfeld	35	42	18	72					54	14	9	36			5	75														19	46								
Alsfeld	137	61	158	41	136	80			483	55	177	61	33	30	11	20	10	25											7	40	248	01	235	54					
Alsfeld	10	34	24	09					60	03	23	78			4	65														3	67	56	53						
Alsfeld	7	08	56	65					57	79	20	97			1	23														10	85	41	12	16	31				
Alsfeld	40	70							49	76																				40	70								
Alsfeld	1	24	7	82					9	06	3	23			2	22														3	11	9	06						
Alsfeld	9	05	3	51					12	36					1	15														11	41	12	56						
Alsfeld	8	86	59	68	59	20			202	74	59	24			10	81														21	57	100	62	102	12				
Alsfeld	304	89	417	48					751	28	277	58	73	60	46	21	46	96												32	25	507	97	246	31				
Alsfeld	59	65							160	00																				6	77	24	10	60	09				
Alsfeld	65	87	122	21	134	05			456	58	61	46	35	40	23	50														60	40	264	51	192	07				
Alsfeld	116	60	315	60	130	15			465	51	146	46			42	40	59	79												59	22	346	04	118	57				
Alsfeld	1005	57	730	33	379	70			2119	59	348	97	70	65	58	63	58	12												61	20	1097	37	1022	18				
Alsfeld	363	96	131	59	173	10			711	15	77	43	13	20	18	25	57	68												3	05	252	21	468	04				
Alsfeld			67		1009	81			2022	25	1194	13	40	86	165	20	20													80	10	2022	28						
Alsfeld	0	50	13	15					19	65	5	63			2	25														1	50	18	23	6	45				
Alsfeld	14	15	33	92					37	47	11	57			4	55														3	15	85	57	1	90				
Alsfeld	30	55	140	53					177	10	70	29	6		15	30	10	60												6	50	131	09	45	41				
Alsfeld	46	41	46	73					93	20	20	39	3	50	8	74														4	55	67	04	26	16				
Alsfeld	419	67	635	84	360	40			1430	62	672	88	119	15	70	64	14	50												8	15	988	17	442	45				
Alsfeld	75	40	89	10					159	50	48	40			6	75														1	50	76	75	81	75				
Alsfeld			9	35					9	35					1	30															2	90							
Alsfeld	49	58	99	46					148	95	61	04			6	54															128	53	20	42					
Alsfeld	388	60	422	50	40				872	22	174	63	159	15	25	10	116	25												3	50	57	10	285	78				
Alsfeld			1039	1	1079	65			274	45	1063	07	218	25	121	44	268	71												49	95	198	50	304	22				
Alsfeld	181	43	231	24	20				432	67	196	06			16	56														10	55	237	13	195	50				
Alsfeld			1	06					163						20																34	1	103						
Alsfeld	569	33	189	78	22	40			792	21	133	94	23	70	26	75	42	34												3	95	259	03	533	18				
Alsfeld	8	77	39	27					48	64	19	63			7	70														1	16	40	74	7	90				
Alsfeld	5	05	4	77					9	82	2	30																		4	63	9	82						
Alsfeld	29	50	20	67					50	17	10	33			3															5	60	20	66	23	51				
Alsfeld	18	31	106	24	53	45			182		53	12			12	34														5	20	129	57	52	43				
Alsfeld	42	38	42	04					84	42	20	52			7	75														6	20	53	08	30	44				
Alsfeld	21	58	79	85	84	95			190	28	81	02	20		10	07	12	35												2	75	146	68	43	60				
Alsfeld	79	06	148	75					223	44	95	40	21	25	15	40														6	55	153	64	74	80				
Alsfeld	34	29	53	51					67	80	20	76			1	96														3		50	01	27	70				
Alsfeld	492	32	1186	59	1218				2923	41	1341	11	65	31	60	49	586	78												2	50	2400	11	451	30				
Alsfeld	52	66	91	10					434	00	56	11			6	20															42		190	96	21	50			
Alsfeld	18	80	60	02					131	15	56</																												

Ortsverzeichnis	Bestand am Ort laut letzter Abrechnung		15% resp. 10% der Beiträge		Extra-Beiträge		Sonstige Einnahmen		Gesamt-Einnahmen		An die Bezirkskasse abgeführt		Für Agitation am Ort		Für Porto und Schreibmaterial		Für Verwaltung		Streik-Unterstützung		Erwerbslosen-Unterstützung		Sonstige Unterstühtungen		Bücher, Broschüren, Plakate		Beitrag zum Gewerkschaftskartell		Sonstige Ausgaben		Gesamtausgaben		Bestand der Lokalkasse		Saldo der Hauptkasse	
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S		
Wasseralfingen	63	91	1101	26	—	—	—	—	—	1170	17	550	82	152	80	61	22	276	22	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weiherhammer	37	50	78	05	—	—	—	—	—	115	55	39	07	—	—	16	40	15	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weiheralm	4	16	—	—	—	—	—	—	—	4	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Werbhof	16	02	128	81	—	—	—	—	—	144	89	—	—	—	—	17	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wienbaden	5	16	18	41	—	—	—	—	—	48	87	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Willing	26	90	17	70	—	—	—	—	—	65	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mittelmeßbach	5	14	62	11	—	—	—	—	—	58	76	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wolfsbühl	86	90	58	93	—	—	—	—	—	211	53	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Worms	41	02	27	41	—	—	—	—	—	88	43	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wulfel	108	39	187	26	—	—	—	—	—	498	85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wurfeln	1454	94	2083	26	—	—	—	—	—	5999	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zabern	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zweibrücken	6	12	17	82	—	—	—	—	—	28	94	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	50177	50	81142	77	62132	92	12063	12	205516	41	62734	83	15308	78	9371	55	30736	08	1561	68	9303	02	4470	90	3756	87	7484	33	14860	18	15958	12	45928	29	2563	29

Rechnungsabluß der Lokalkassen für das Jahr 1909.

Einnahmen:

Bestand am 31. Dezember 1908
 15% resp. 10% von den Wochenbeiträgen
 Extrabeiträge für die Lokalkasse
 Sonstige Einnahmen
 Zurückbehaltene Gelder der Hauptkasse

M	S
50177	60
81142	77
62132	92
12063	12
2563	29
Sa. 208079/70	

Ausgaben:

Beiträge für Agitation und Bezirksleitung
 Für Agitation und Versammlungen am Orte
 Für Porto und Schreibmaterial
 Für Verwaltung
 Streikunterstützung
 Erwerbslosenunterstützung
 Sonstige Unterstühtungen
 für Bücher, Schriften und sonstige Bildungszwecke
 Beiträge an die Gewerkschaftskartelle
 Sonstige Ausgaben
 Bestand am 31. Dezember 1909
 Saldo der Hauptkasse

M	S
62734	83
15308	78
9371	55
30736	08
1561	68
9303	02
4470	90
3756	87
7484	33
14860	18
45928	29
2563	29
Sa. 208079/70	

Zur Abrechnung der Lokalkassen für das Jahr 1909.

In Vorstehendem unterbreiten wir unseren Mitgliedern eine tabellarische Uebersicht über Einnahmen und Ausgaben der Lokalkassen der Ortsgruppen. Eine derartige Uebersicht über Einnahmen und Ausgaben der Lokalkassen und über die Verwendung der den Ortsgruppen verbleibenden Gelder dürfte für die Mitglieder und Ortsverwaltungen in mehrfacher Hinsicht von Nutzen sein.

Die Reineinnahme der Lokalkassen ohne den Bestand vom Vorjahre betrug 1909 155 338,81 Mk., die Ausgaben insgesamt 159 588,12 Mk. Die Ausgaben übersteigen also die Einnahmen um 4249,31 Mk. Aus dem Grunde ist der Vermögensbestand der Lokalkassen von 50 177,60 Mark auf 45 928,29 Mark zurückgegangen. Diese Tatsache ist für alle Verwaltungsstellen, welche im Vorjahre eine Verminderung des Lokalkassenbestandes zu verzeichnen haben, eine eindringliche Mahnung, in Zukunft Einnahmen und Ausgaben besser in Einklang zu bringen.

Wie die Verbandsleitung stets bestrebt ist, die Hauptkasse des Verbandes zu stärken, um den Mitgliedern bei allen Eventualitäten Schutz und Rückhalt gewähren zu können, so muß es auch das Bestreben der Ortsverwaltungen sein, jedes Jahr den Bestand der Lokalkassen zu erhöhen. In dieser Beziehung haben unsere Ortsgruppenvorstände und Mitglieder noch außerordentlich viel nachzuholen, wenn wir den gegnerischen Verbänden ebenbürtig gegenüber stehen wollen. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband verzeichnet nach seiner Abrechnung vom Vorjahre in den Lokalkassen einen Vermögensbestand von durchschnittlich 8 Mark pro Mitglied, während wir nur einen Lokalkassenbestand von 1,91 Mark verzeichnen können. Auf eine Erhöhung der Lokalkassenbestände müssen unsere Ortsgruppen in Zukunft also ihr besonderes Augenmerk richten, um bei vorkommenden Kämpfen den Kollegen am Ort einen Rückhalt bieten zu können.

Im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband sind im Vorjahre aus den Lokalkassen 356 220,78 Mk. an Streikunterstützung ausbezahlt worden, das ist weit über die Hälfte an Streikunterstützung von dem, was der betreffende Verband aus der Hauptkasse bezahlt hat. Solche Summen können aber nur dann ausbezahlt werden, wenn auch vorher die entsprechenden Extrabeiträge geleistet werden. Das sollten unsere Kollegen beachten, wenn sie bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, daß in diesem oder jenem Verband noch diese oder jene Extra-Unterstützung bezahlt wird.

An Extrabeiträgen sind im Vorjahre 62 132,92 Mark aufgebracht worden oder im Durchschnitt pro Mitglied 2,58 Mark. Im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband sind dagegen im Vorjahre durchschnittlich 3,89 Mark pro Mitglied an Extrabeiträgen aufgebracht worden, das ist um die Hälfte mehr als wie in unserem Verbände.

Hier muß also zunächst der Hebel angefaßt werden. Wir stehen am Anfang einer besseren Wirtschaftsperiode und damit auch am Anfang einer größeren Verdienstmöglichkeit. Es müssen deshalb alle Ortsgruppen, welche bisher mit der Einführung eines Lokalkassensatzes geizigert haben, dazu übergehen, 10 oder 20 Pfennig Lokalkassenzuschlag pro Woche einzuführen. Nirgends aber sollte man weniger wie 10 Pfennig Lokalkassenzuschlag erheben, weil mit weniger eine nennenswerte Besserung sich nicht herbeiführen läßt. Wo man den Kollegen die Notwendigkeit eines Lokalkassensatzes in der rechten Weise vor Augen führt, sind sie zur Zahlung von 10 oder 20 Pfennig ebenso bereit, wie zur Zahlung von 5 Pfennig. Eine Erhöhung der Einnahmen für die Lokalkassen durch Extrabeiträge muß also überall in diesem Jahre erstrebt werden.

Die Erhöhung der Einnahmen bringt aber noch keine Besserung des bisherigen Zustandes, wenn nicht zugleich auch überall eine vernünftige Sparsamkeit bei allen Ausgaben geübt wird. Die Ortsgruppenvorstände sollten sich stets bewußt bleiben, daß die Extrabeiträge von den Mitgliedern nicht aufgebracht werden, um das Geld nun mit vollen Händen wieder hinaus zu werfen, sondern dasselbe in richtiger Weise im Interesse des Verbandes zu verwenden. Man kann von den Mitgliedern keine Opferfreudigkeit verlangen, wenn die führenden Kollegen, wie Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner, nicht auch durch die Tat zeigen, daß sie bereit sind, im Interesse des Verbandes und der Kollegen mehr als ihre Pflicht zu tun, ohne immer dafür entschädigt zu werden.

In dieser Beziehung scheint aber in manchen Gruppen eine bedauerliche Selbstsucht eingegriffen zu sein, indem die einzelnen Vorstandsmitglieder und die Vertrauensmänner über die Gebühr entschädigt werden, so daß der größte Teil der Einnahmen allein dafür verbraucht wird. Für Verwaltung sind im vorigen Jahr 30 736,08 Mark verausgabt worden, wovon der allergrößte Teil auf Entschädigungen für die Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner entfällt. Wir haben gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn in größeren Gruppen, wo die Verwaltungsarbeit Tag für Tag erhebliche Zeit beansprucht, eine kleine Entschädigung bezahlt wird. Darüber hinaus sollte man aber nicht gehen. Das Ehrenamt eines Vertrauensmannes sollte von den Kollegen aber grundsätzlich ohne jede Entschädigung ausgeübt werden. Wir kennen eine ganze Reihe von Ortsgruppen, wo die Vertrauensleute Woche für Woche eine wirklich schwierige Arbeit leisten, ohne daß ihnen jemals der Gedanke kommt, eine Entschädigung dafür zu beanspruchen. Diese Opferfreudigkeit im Dienste der Kollegen und der Organisation läßt leider an manchen Stellen zu wünschen übrig. Es fehlt trotz der gezahlten Entschädigungen an der richtigen Begeisterung, an

der richtigen Werbekraft, sonst müßte in allen diesen Gruppen ein größerer Fortschritt in den Mitgliederzahlen zu verzeichnen sein.

Es ist also ein Irrtum, wenn hier ober dort die Meinung vorherrscht, durch eine Entschädigung für die Tätigkeit im Interesse des Verbandes werden mehr Erfolge erzielt. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. In einer Ortsgruppe, wo vom ersten bis zum letzten Mann jeder aus Ueberzeugung für die eigene Sache arbeitet und tätig ist, ohne nach der Bezahlung zu fragen, da wird Eintracht und Begeisterung herrschen und solche selbstlose Tätigkeiten wie auch Erfolge bringen. Wollen wir vorwärts kommen in der Entwicklung unseres Verbandes, dann muß auch heute noch dieselbe Schwungkraft und Begeisterung die Kollegen befeuern, als wie bei der Gründung des Verbandes. Die Kollegen haben damals unter viel schwierigeren Verhältnissen die Aufklärungs- und Werbearbeit betrieben, ohne auch nur an eine Entschädigung zu denken; und so muß es auch heute noch sein.

Daneben gibt's ein anderes Uebel, daß in manchen Gruppen, trotz des Hinweises im vorigen Jahre, noch fort besteht, das ist die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung aus der Lokalkasse. Die dafür gezahlte Summe ist allerdings von 19 465,92 Mark im Jahre 1908 auf 9303,02 Mark im Jahre 1909 zurückgegangen. In der Hauptsache aus dem Grunde, weil verschiedene Ortsgruppen die Extrainterstützung aus der Lokalkasse nicht mehr leisten konnten und sie deshalb fallen lassen mußten. Es hat sich dabei gezeigt, daß es auch ohne Extrainterstützung geht, wenn nur die Mitglieder in der rechten Weise erzogen werden. Es braucht nur überall darauf hingewiesen zu werden, daß diejenigen Mitglieder, welche eine höhere Unterstühtung beziehen wollen, in die 90 Pfg. Klasse eintreten können und dann schon vom 3. Tage an die Erwerbslosen- und höhere Streikunterstützung erhalten. Auf diese Einrichtung sollten die Mitglieder wo möglich schon beim Eintritt in den Verband hingewiesen werden. Sie haben dann die Möglichkeit, nach 4-5 jähriger Mitgliedschaft 9-10 Mark pro Woche vom 3. Tage ab an Erwerbslosenunterstützung zu beziehen und damit fällt für sie die Notwendigkeit einer besonderen Hilfskassentafel fort.

Diese Anregungen tragen hoffentlich dazu bei, daß in der Verwaltung der Lokalkassen nun überall ein wohlüberlegtes vernünftiges System herbeigeführt wird. Diejenigen Gruppen, welche bisher einen Extrabeitrag nicht eingeführt haben, müssen dazu in diesem Jahre übergehen; in allen Gruppen muß aber eine vernünftige Finanzpolitik betrieben werden, dann wird der christliche Metallarbeiterverband auch in der Verwaltung und dem Vermögensbestand der Lokalkassen nicht an letzter Stelle stehen.

Gewerkschaftliches.

Zur Aussperrung im Baugewerbe.

Die Lage im Baugewerbe hat sich in der letzten Woche insofern verändert, als jetzt über die vielfach gemeldete und wieder dementierte Unterstüßung der ausgesperrten Bauunternehmer durch die Großindustrie volle Klarheit herrscht. Die Arbeitgeberzeitschriften melden aus den verschiedensten Orten, daß seitens des Bergbaues, der Industrie und auch von der Handelswelt namhafte Summen für die Streikliste der Bauunternehmer gezahlt seien. Neben der finanziellen Seite soll die Aussperrung auch dadurch unterstützt werden, daß ausgesperrte Bauarbeiter in industriellen Betrieben nicht eingestellt werden. Zur besseren Kontrolle soll bei einer Einstellung von Arbeitern die Vorlegung der Entlassungsscheine bis Anfangs April verlangt werden.

Die geschäftsgewandten Großindustriellen hoffen bei ihrer Unterstützungsaktion ein gutes Geschäft zu machen. Die Bedingungen, unter welchen dem Arbeitgeberbunde die Unterstüßung zugesagt wurde, hat der Ausschuß der deutschen Arbeitgeberverbände auf seiner letzten Sitzung in Berlin festgesetzt. Sie lauten: „Der Kartellausschuß, welcher aus Vertretern der beiden Arbeitgeberzentralverbände, Hauptstelle und Verein deutscher Arbeitgeberverbände besteht, soll mit Zustimmung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe vor Beendigung des Kampfes gehandelt werden, damit bei Feststellung der neuen Arbeitsbedingungen für das Baugewerbe auch die Interessen der Industrie und der übrigen Gewerke nach Möglichkeit gewahrt werden.“ Hier ist also offen zugegeben, daß sich der Kampf gegen die gesamte deutsche Arbeiterschaft richtet. Diese Tatsache muß unsere Kollegen zur größten Opferwilligkeit anspornen, damit die Scharfmacher nicht auf ihre Rechnung kommen.

Der „Arbeiter“-München.

Das Organ der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, konnte am 3. Mai ds. Jrs. auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Zwanzig Jahre Kampf für die Arbeiterschaft. Eine große hehre Aufgabe. Mit Besriedigung kann der „Arbeiter“ auf seine Tätigkeit zurückblicken. Aus kleinen Anfängen geboren, hat er sich eine Position erlangt, die Freund und Gegner anerkennen. Anfänglich für die fünf Münchener Arbeitervereine gegründet, ist er jetzt das legitime Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine und erscheint in einer Auflage von circa siebzigttausend.

Was sich der „Arbeiter“ damals als Programm gestellt, das hat er getreulich gehalten, stets stand er in den vorbersten Reihen, wenn es galt, die Rechte des Arbeiterstandes und dessen sittliche Ideale zu verteidigen. Unermüdet arbeitet er an der geistigen und sittlichen Hebung der Mitglieder. Heute pulsiert frisches reges Leben in den Vereinen. Tausende von christlichen Arbeitern, die früher grollend und verortet zur Seite standen, arbeiten heute freudig mit an der sozialen Hebung ihres Standes.

Von Anfang an ist der „Arbeiter“ mit aller Entschiedenheit für die christlichen Gewerkschaften eingetreten. Trug er doch bis 1902 den Titel: Christliches Gewerkschaftsorgan und war einige Jahre offizielles Organ der bayerischen Eisenbahner, sowie des bayerischen Textilarbeiterverbandes. Mit Recht schrieb Hans Braun 1905, daß an dem Aufschwung der christlichen Gewerkschaften der Löwenanteil dem „Arbeiter“ zufalle. Heute haben wir in Süddeutschland eine starke Gewerkschaftsbewegung, die sich von christlichen Grundfäden leiten läßt, die sich treu und kampfesam wider ihre Gegner behauptet.

Möge der „Arbeiter“ diesen Geist auch ferner in die Massen tragen, sie zu arbeitsfreudigen und standesbewußten Kämpfern machen. Sei er auch in Zukunft den katholischen Arbeitern Führer und Stütze im Kampfe um ihre heiligsten Güter.

Sozialdemokratische Agitations- und Doppelmoral.

Im christlichen Gewerkschaftsverlag ist jochen eine Broschüre mit dem stenographischen Bericht über die Gerichtsverhandlung im 30 000 Mark-Flugblatt-Prozess erschienen. (Siehe Literarisches auf der letzten Seite dieser Nummer). Wer den skrupellosen sozialdemokratischen Hehfeldzug im Anschluß an den Rheinseiler Streik von Anfang bis zu Ende verfolgt hat und nun diese Gerichtsverhandlung nur oberflächlich durchliest, der kann ein Gefühl der Empörung und des Erel über die Unmoral und Doppelmoraligkeit der sozialdemokratischen Agitation nicht unterdrücken. Im Rheinseiler Fall heulte der Chorus der sozialdemokratischen Presse vor angeblich jittlicher Entrüstung, weil ein christlicher Gewerkschaftsleiter unwahre Angaben über den Abschluß des Streiks gemacht haben sollte. Kategorisch wurde dessen Absehung verlangt, die Gesamtbewegung verurteilt, als dem treuesten Anführer der „Genossen“ nicht haltgegeben wurde, alles natürlich im „Interesse der Wahrsamkeit.“

Den Scharfenstreik mit dem 30 000 Mark-Flugblatt hatten freigestellte Beamte des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes verübt. Das Pamphlet

war in der Druckerei der soziald. „Rhein-Stg.“ in Köln hergestellt worden. Der Verbandsvorsitzende Sachse mußte schon zwei Tage vor der betr. Wahl, vor der Verfasser des betreffenden Endblattes war. Trotzdem stellte er sowohl wie das sozialdemokratische Verbandsorgan in späteren Verlautbarungen die Sache nicht richtig, sie ließen die ausgesperrte Dage ruhig weiter bestehen, bekräftigten sie sogar noch, daß ein Vorstandsmitglied des christlichen Gewerkschafts der Bergarbeiter der Urheber des Pamphlets sei. „Das geheimnisvolle Flugblatt kann eher von einem Verbandsfeinde, als von einem Verbandsfreunde geschrieben worden sein“, so heißt es sogar noch in einem Ende 1907 verbreiteten Flugblatt des soziald. Bergarbeiterverbandes. Also drei Jahre nachher noch, als es schon ein bekanntes Geheimnis war, daß die soziald. Verbandsbeamten Götte und Spaniol die Täter waren. An ihre Entfernung aus der Arbeiterbewegung hat aber die Zeitung des sozialdemokratischen Verbandes gar nicht gedacht, obgleich sie hier im „Interesse der Wahrsamkeit“ hundertmal eher am Platze gewesen wäre, wie im „Fall Engel“ nach Rheinseiler. Zur drastischen Illustration der schmutzigen Agitationsmoral und Doppelmoraligkeit im Lager der Sozialdemokratie lassen wir nur ein kurzes Wortensbildchen aus der diesbez. Gerichtsverhandlung folgen. Auf Seite 13 der erwähnten Broschüre heißt es:

Vors.: Ich muß meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß Sie Götte und Spaniol nicht sofort entlassen haben.

Sachse: Wir haben Milde walten lassen, weil vor dieser ganzen Geschichte von Gewerkschaften ein Flugblatt verbreitet wurde, worin schwere Angriffe gegen Verbandsangestellte stehen. Wir konnten aus tatsächlichen Gründen die beiden Beamten doch nicht während der Wahl ausschließen.

Vors.: Ja, warum haben Sie denn die Leute nicht sofort nach der Wahl entlassen?

Sachse: Wir haben sie zur Rechenschaft gezogen, und sie haben erklärt, daß es ihnen mitgeteilt worden wäre. Gerade, weil Brunt uns in der allerniedrigsten Weise heruntergemacht hat.

Vors.: (Sachse unterbrechend): Das kann alles nicht hindern, daß Sie die Pflicht hatten, die Beamten zu entlassen.

Dieses Frage- und Antwortspiel spricht Bände zur Beurteilung der roten Agitationsmoral. Inwiefern brauchen wir ihm nichts hinzuzufügen. Im Vergleich zu den Nachspielern von Badisch-Rheinseiler wirkt es doppelt abschreckend, abscheuerregend. Vielleicht könnten auch manche Leute aus Nichtarbeiterkreisen, z. B. badische Regierungsbeamte, sich an diesem Musterbeispiel sozialdemokratischer Agitationsmoral ein objektives Urteil darüber bilden, in welchem Lager „Zweideutigkeiten, Unwahrheiten und Entstellung der Wahrheit... als erlaubte Gewerkschaftstaktik“ angesehen werden? Eine von persönlichen Vorurteilen unberührte, unparteiische Antwort auf diese Frage haben die christlichen Gewerkschaften von seiner Seite zu fürchten.

Trotzdem hatte die sozialdemokratische Bergarbeiterzeitung die unverdächtige Dreistigkeit, im Fall Rheinseiler in gutgepielter moralischer Entrüstung zu machen und den Moralwächter zu markieren. Prüft solcher Doppelmoral!

Schwache Hirsch-Dunker.

Ein im April abgehaltener Delegiertentag katholischer Arbeiter- und Knappenvereine des Rhein- und Ruhrgebietes hat sich mit der Gewerkschaftsfrage beschäftigt. Nach einem Referat des Kollegen Bergmann-Duisburg wurde einstimmig eine Resolution angenommen, worin die angeschlossenen Vereine erneut aufgefordert werden, ihre Mitglieder den christlichen Gewerkschaften zuzuführen, da dies im Interesse der Selbsterhaltung der katholischen Vereine liege.

Dieser Beschluß hat den Reiz der Beschloßenen, nämlich der Hirsch-Dunkerischen Reihharde wachgerufen. In ihrer Presse erheben sie ein lautes Geschrei, das erneut Beweis davon ablegt, wie Reiz und Haß vollständig blind und das logische Denken unmöglich machen. Zu dem Beschluß macht z. B. der „Regulator“ Nr. 18 folgende Randglossen:

„Das kann ja nett werden! Man droht also tatsächlich schon mit der Vernichtung der katholischen Arbeitervereine, wenn sie ihre Mitglieder nicht den christlichen Gewerkschaften zu — führen wollen. Und folgst du nicht willig — so brauch' ich Gewalt; das ist die Parole, nach der die katholischen Arbeitervereine zu tanzen haben. Daß man dann, um seinen Zweck zu erreichen, von seinen „christlichen“ Gewerkschaftsführer auch nicht vor dem Terrorismus zurückdreht, ist ja bei der ganzen Struktur dieser Gewerkschaftsrichtung nur zu begreiflich.“

Die letztere Behauptung ist eine gemeine, haltlose Verdächtigung, für die der „Regulator“ den Beweis schuldig bleibt. Das S.-D. Organ sollte sich doppelt hüten, solche infame Verleumdungen so leichtfertig gegen Andersdenkende in die Welt zu legen. Im vorliegenden Fall liegt auch nicht der allermindeste Anlaß dazu vor. Wie kommt das S.-D. Blatt zu der hirnerbrannten tollen Behauptung, den katholischen Arbeitervereinen würde, „tatsächlich mit der Vernichtung gedroht“, wenn sie ihre Mitglieder den christlichen Gewerkschaften nicht zuführen wollten? Die katholischen Arbeitervereine lassen sich von

niemanden bedrohen und zwingen. Wer hat ihnen denn auf dem Delegiertentag gedroht? Die Delegierten als Vertreter ihrer Vereine haben den erwähnten Beschluß doch selbst und zwar einstimmig gefaßt, sie hätten sich mithin selbst mit der „Vernichtung bedroht“, wenn der „Qualsch“ im S.-D. Verbandsorgan einen vernünftigen Sinn haben soll. Ferner sprach Kollege Bergmann auf dem erwähnten Delegiertentag als Mitglied seines kath. Arbeitervereins und nicht als „terroristischer“ Gewerkschaftsführer. Wenn der der katholischen Vereinen mit „Vernichtung gedroht“ hätte, — was ihm niemals in den Sinn kommt, — so hätte ihm der Delegiertentag was anders gesagt. Wierd der „Regulator“ denn nicht, daß er mit seiner Argumentation die katholischen Arbeitervereine als meinnungs- und willenlose stupide Masse beschimpft?

Nein, das alles scheint dem vollen ehrlichen „Rein-auflos“ nicht zu dümmern. Er salbabert nur so drauf los. Die chronische Konfusion in seinen Spalten wird immer bedenklicher. Ganz recht klagte kürzlich ein S.-D. Anhänger in seinem Organ, niemand wüßte mehr, wer denn eigentlich Recht und wer Unrecht sei. Und wer den vorerwähnten konfusen und gehässigen Artikel im „Regulator“ zusammengebrant hat, der scheint tatsächlich geistig krank oder schwach zu sein. Auf der letzten Seite derselben Nummer preist der „Regulator“ in einem zweideutigen Inserat ein Mittel für „Schwache Männer“ an. „Schwache Männer“, wenigstens im Geiste, gibt's im S.-D. Lager genug, das zeigt diese letzte Leistung des „Regulator“ wieder; der smarte Geschäftsmann hat eine gute Witterung gehabt und wird bei den „Regulator“-Leuten sein Geschäftchen schon machen.

Die Waffenbrüderschaft zwischen den katholischen Arbeiter- und Knappenvereinen und christlichen Gewerkschaften aber wird durch solche gehässigen und lächerlichen Anwürfe von Hirsch-Dunkerischer Seite nicht getrübt, sondern im Gegenteil nur noch fester und für beide Teile erfolgreicher geschmiedet werden.

Thronfolger und Bauarbeiter.

In der vorigen Nummer gaben wir die Mitteilung des „Arbeiter“-München wieder, wonach der bayerische Thronfolger Prinz Ludwig einen Scheiterns-Neubau in Starnberg von ausgesperrten Bauarbeitern ausführen ließe. Die Opposition der Scharfmacher scheint nun doch von Erfolg gewesen zu sein. In der Tagespresse wird vom Hofmarschallamt des Prinzen Ludwig mitgeteilt, daß die Güteradministration des Prinzen Ludwig in Deustetten vorige Woche einigen Arbeitern, die um Arbeit litten, Beschäftigung gegeben habe. „Die Güteradministration hatte keine Kenntnis davon, daß die eingestellten Arbeiter ausgesperrt waren. Als sie hiervon von dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes in Starnberg Nachricht erhielt, verfügte sie, entsprechend dem neutralen Verhalten der Behörden, sofort die Entlassung der ausgesperrten Arbeiter.“ Der bayerische Thronfolger scheint mithin persönlich mit der Angelegenheit nicht in Verbindung zu stehen, seine Güteradministration aber in der Entlassung ordnungsgemäß eingestellter Arbeiter ein „neutrales Verhalten“ zu erblicken.

Streits und Lohnbewegungen.

Zum Streit in den Felten und Guillaume-Lahmeyer-Werken in Frankfurt a. M.

Seit 28. April befindet sich, wie bereits gemeldet, die gesamte Arbeiterschaft des oben genannten Werkes im Streit. Die Direktion verhandelte am 29. und 30. April mit dem von der Arbeiterschaft beauftragten Arbeiterausschuß und machte auch bei einzelnen Positionen Zugeständnisse. Dieselben betreffen eine Wiederherstellung der Abmachungen von 1907 (die sehr stark durchlöchert sind), sowie eine Regelung der zu gering angelegten Akkordpreise. Doch sind die Zugeständnisse im letzten Punkt so veräußert, daß sie nach Meinung der Arbeiterschaft klarer formuliert und vereinfacht werden müssen.

Die Direktion hatte auf Grund dieser Verhandlungen eine Notiz in der Tagespresse veröffentlicht, worin die Verhändigung mit der Arbeiterschaft als perfekt bezeichnet wurde und die Wiederaufnahme der Arbeit schon festgelegt war. Die Arbeiterschaft hat aber in einer am Mittwoch den 4. Mai vormittags stattgefundenen Versammlung einen Beschluß gefaßt, vorläufig im Streit zu verharren. Anlaß dazu war der unklare Wortlaut der Zugeständnisse; ferner auch besonders die Frage einer Arbeitszeitverkürzung und Aufbesserung der niederen Löhne. (Sind doch Löhne von 25, 28 und 32 Pfennig pro Stunde im Werk gerade keine Seltenheit.) Die Arbeiter fordern eine 54stündige wöchentliche Arbeitszeit, sowie eine genaue Fixierung der Aufbesserung der geringen Löhne.

Der Verein Frankfurter Metallindustrieller hatte am 29. April bereits den Beschluß gefaßt, wenn bis zum 7. Mai bei Lahmeyer eine Einigung nicht erzielt sei, vom genannten Tage ab 60 Prozent der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter zu kündigen. Mithin ist eine Aussperrung nach Lage der Sache zur Zeit mit Sicherheit zu erwarten.

Weil also ein Werk wie Lahmeyer, das einen Generaldirektor mit 70—80 000 Mark Jahreseinkunft einstellt, den beschriebenen Wünschen der Arbeiterschaft nicht entgegenkommen will, sollen Tausende von Arbeitern in Frankfurt und Umgebung ausgesperrt werden. Wenn solche Maßnahmen der unorganisierten Arbeiterschaft nicht die Augen öffnen, daß sie endlich einsehen, wo ihr Platz ist, dann ist ihnen nicht zu helfen. Ganz besonders trifft dies zu auf die christlichen Arbeiter im hiesigen Industriegebiet. Viele stehen

noch absteigend und müssen gewonnen werden; darum: Auf an die Arbeit! muß überall bei uns die Parole heißen, damit auch unsere Reihen dichter und geschlossener werden.

Nachtrag. Am Samstag den 7. Mai hat eine von über 2000 Streikenden besuchte Versammlung beschlossen, die Zugeständnisse der Firma anzunehmen und den Streik als beendet zu erklären. Die Arbeit soll am Dienstag den 10. Mai wieder aufgenommen werden.

Zur Aussperrung in Hagen-Schwelm.

Der Arbeitgeberverein hat den ersten Teil seiner Drohung wahr gemacht. Circa 1200 Former und Gießereiarbeiter haben am 4. Mai ihre Kündigung erhalten. Am 18. bis 22. Mai soll der Rest gekündigt werden und sodann am 1. Juni 50 Prozent der gesamten Arbeiterschaft im Gebiet des Arbeitgebervereins Hagen-Schwelm. Eine Ausnahme zwischen organisierten und nichtorganisierten Arbeitern wurde bei der Kündigung am 4. Mai nicht gemacht. Der Arbeitgeberverein appelliert zwar an seine Mitglieder, die „treuen, nichtorganisierten“ nach Möglichkeit zu unterstützen. Ob es geschieht, kann mit Recht bezweifelt werden. Wurden doch im Vorjahre anlässlich der Grüntaler Bewegung trotz vorherigen Versprechens nur wenige Arbeiter unterstützt, und auch nur dann, falls die Betroffenen es über sich gewinnen konnten, auf ihr heiligstes Recht der Koalitionsfreiheit zu verzichten. Hoffentlich wird das Vorgehen der Hagenener Arbeitgeber denjenigen Arbeitern die Augen öffnen, die bisher gleichgültig — man möchte fast sagen — feige zur Seite standen, wenn es galt, für Arbeiterrechte zu streiten. Die Kollegen von unserem Verbande haben beschlossen, angesichts der drohenden Gesamtaussperrung den Wochenbeitrag auf 1 Mark zu erhöhen. Sie sind fest entschlossen, den vom Arbeitgeberverein provozierten Kampf aufzunehmen.

Zur Aussperrung in Dortmund-Lünen.

Die Aussperrung seitens der hiesigen Eisengießereien wurde am Mittwoch, den 4. Mai durchgeführt. Seit Freitag voriger Woche hatten unter Vermittlung des Herrn Rürgermeisters Unterhandlungen stattgefunden, die jedoch zu keinem befriedigenden Ergebnis führten. Von der Aussperrung werden circa 700 Metallarbeiter betroffen. Davon sind circa 300 im christlichen Metallarbeiterverband, 25 im Deutschen Metallarbeiterverband und 20 im Gewerkschaft der Hirsch-Duncker organisiert. Damit hat der Streit der Former auf der Louisenhütte weitere Folgen nach sich gezogen und die Werkbesitzer haben ihre alte Taktik wieder angewandt, hunderte von Arbeitern auf die Strafe zu setzen wegen eines kleinen partiellen Streiks. Für die unorganisierten Metallarbeiter allerorts wird dieser Kampf neuerdings eine Mahnung sein, sich frühzeitig ihrer Berufsorganisation, dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen.

Zur Beachtung.

Bei allen Lohnbewegungen in jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Bochum.

In der Stahlformerei der „Westfälischen Stahlwerke“ sind Differenzen ausgebrochen. **Mhlen (Westf.).** Bei der Blechwarenfabrik Lünemann-Schulte u. Co. sind wegen Akkordabzügen Differenzen ausgebrochen.

Düsseldorf.

Ueber die Formerei des Stahlwerks Krieger in Oberassel ist die Sperre verhängt.

Düsseldorf.

Ueber die Kernmacherei der Firma Coest u. Co., Reisholz ist die Sperre verhängt worden.

Falkau (Waden).

In der Draht- und Schraubenfabrik Falkau (Aktien-Gesellschaft) stehen die Arbeiter im Streik.

Sundern bei Arnberg i. W.

Zur Vertelldigung des Koalitionsrechts stehen die Arbeiter der Firma Anton Drumberg im Streik.

Dortmund-Lünen.

Auf der Louisenhütte, Lünener Hütte, Lünener Eisengießerei und der Hütte „Westfalen“ sind 700 Arbeiter ausgesperrt. Zugzug von Arbeitern aller Berufe ist fernzuballen.

Münsterberg.

In der Maschinenfabrik und Eisengießerei Spaeth, Tugendteich, in der Drahtstiftfabrik Lechner u. Sclegel sowie bei Stadelmann u. Comp. stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen im Streik.

Hagen-Schwelm.

Der Unternehmerverband für den Industriebezirk Hagen-Schwelm hat wegen eines partiellen Streiks in Gevelsberg eine allgemeine Aussperrung der Metallarbeiter für den 4. resp. 18. Mai beschlossen.

Elberfeld.

In der Schlosserwerkstelle der Schwebebahn in Bohnwinkel ist wegen Lohnindifferenzen Streik ausgebrochen.

Danzig.

Bei der Firma Hirschberger in Ohra bei Danzig sind wegen Bezahlung der Ueberstunden und Maßregelungen Differenzen ausgebrochen.

Nettzig.

Bei der Firma Gebr. Ruhmann, Eisengießerei und Maschinenfabrik, sind sämtliche Former wegen Akkordindifferenzen gemäßigelt worden.

Warstein.

Auf den Warsteiner Gruben und Hüttenwerken stehen die Metallarbeiter im Streik.

Disberg.

Die Former der Disberger Hütte stehen wegen Lohnindifferenzen in Kündigung.

Zugzug ist fernzubhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 15. Mai 1910 der zwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 22. Mai fällig.

Die Ortsgruppe Erfurt erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extra-Beitrages von 10 Pf. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Die Ortsverwaltung Hagen i. W. hat in ihrer letzten Generalversammlung beschlossen, angesichts der Aussperrung bis auf weiteres den Wochenbeitrag auf eine Mark zu erhöhen. Der Beschluß wird hiermit von der Verbandsektion genehmigt.

Bierfen. Das Mitgliedsbuch Nr. 85298, lautend auf den Namen Gottfried Naesen, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Berlin. Sozialdemokratische Falschmünzer sind an der Arbeit, in ihrer Presse einen auf unfaire Art erhaschten Brief loyalen Inhalts, den der Sekretär Winter vom christlichen Metallarbeiterverband an ein Mitglied geschrieben hat, welches gelegentlich der Lohnbewegung, die im Kleinmotorenbau Berliner A. G. Werke Volkstafel ausgebrochen war, in trefflicher Weise auszusprechen. Die circa 20 000 Arbeiter beschäftigende, mit 110 Millionen Aktien und 50 Millionen Reservekapital fundierte Berliner Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft ist zu groß, als daß gegen diese der sozialdemokratische Metallarbeiterverband einen Kampf wage. Würde die Firma mit einer Aussperrung dem Metallarbeiterverband entgegentreten, dann würden dessen ohnehin sehr schwache Finanzen restlos erschöpft.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bei ausbrechenden Unruhen in taktischer Weise den unruhigen Mitgliedern zu Willen war, ohne der bestreikten Firma ernstlich wehe zu tun. Wiederholt wurde festgestellt, daß der Verband nichts unternahm, wenn seine eigenen Mitglieder die von den Streikenden liegenden gelassene Streikarbeit anfertigten. Daß auch bei der Bewegung im Kleinmotorenbau, wo den Arbeitern Akkordabzüge gemacht worden waren, in gleicher Weise seitens der Verbandsektion taktiert wurde, ließ die Art erkennen, wie der Streikbeschuß zustande kam. Von 950 für den Streik in Frage kommenden Abteilungsarbeitern waren nur 556 in der den Streik beschließenden Versammlung erschienen. Statt der statutarisch vorgeschriebenen drei Viertel der Beteiligten, die sich für den Streik erklären mußten — das wären 711 gewesen — wurde mit 410 gegen 139 und 7 ungültigen Stimmen der Streik beschlossen. Daß bei einem solchen Beteiligungsverhältnis die Zahl derer, die sich an den Streikbeschuß nicht stützen und weiter arbeiteten, sehr groß sein mußte, war vorauszu sehen. 150—200 sozialdemokratische Verbandsmitglieder blieben denn auch in Arbeit.

In einem, unter diesen Umständen erklärlich, ebenfalls in Arbeit gebliebenen christlich organisierten Arbeiter schrieb unser Bezirksleiter Kollege Winter folgenden Brief:

Berlin, den 8. April 1910.

Wertes Kollege!

Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, wird der Streik verloren gehen. Daß es so kommt, ist auch dem sozialdemokratischen Verband bekannt. Ja, das hat er sogar gewollt. Wäre es anders, dann dürfte er mit 556, also der Hälfte der beteiligten Anwesenden, den Streikbeschuß nicht lassen lassen. Daß die Nichterscheinenden keine Streiklust hatten, konstatieren sie durch ihr Fernbleiben. Durch das Vorgehen des Metallarbeiterverbandes sicherte er der Direktion den Fortgang des Betriebes und sich selbst schloßte er vor einer Aussperrung. Ferner gab er den streiklustigen Mitgliedern Gelegenheit, einmal zu streiken, um sich abzukühlen. Uns würde das Verhalten des Metallarbeiterverbandes wenig interessieren, wenn nicht unsere Kollegen dadurch in unangenehme Situationen und zwecklos außer Brot und Arbeit gebracht würden. Wir müssen nun sorgen, Einfluß in die Abteilung zu gewinnen, um in zukünftigen Fällen die sozialistische Feigheitstaktik auszulegen und die Arbeiter vor Unsinntigkeiten zu schützen. Zu diesem Zwecke bitte ich dich, möglichst viele derer, die in Arbeit geblieben sind und dem roten Verbände angehören, mit bekannt zu machen. Namen und Adressen dieser Leute wünsche ich. Wir würden die so Ermittelten zu einer Besprechung oder auch zu einer Mitgliederversammlung einladen. Jetzt, wo sie mit ihrer Verbandsleitung im Gegensatz stehen, ist es leicht und nötig, an sie heranzukommen. Also mit allem Eifer muß jetzt agitatorisch gearbeitet werden. Tue nur einmal, was du kannst. Es besteht gar kein Zweifel, daß binnen kurzer Frist die Hufe doch wieder rot ist, und dann geht die Hege gegen die Stehendebliebenen los. Durch Zusammenschluß müßt ihr euch schützen. Ich bitte um Antwort. Eventuell werde ich dich persönlich einmal besuchen.

Freundl. Gruß. Jak. Winter.

Um aus diesem an sich ganz belanglosen Brief etwas gegen die bösen Christlichen zu machen, werden in Berlin die tollsten Dinge kolportiert. Das sozialdemokratische Hamburger „Echo“ (ebenfalls die gesamte übrige sozialdemokratische Presse, Red.) druckt den Brief unter der Ueberschrift „Jesuitenmoral des christlichen Metallarbeiterverbandes“ ab. Es wird behauptet, 650 statt der tatsächlichen 950 Mann seien für die Bewegung in Frage gekommen. Durch die Zahlenänderung soll verdeutlicht werden, daß der sozialdemokratische Verband gegen sein eigenes Statut beim Streikbeschuß gehandelt hat. Auch wird behauptet, daß ein Mitglied sich wegen dieses Briefes so empört hätte, daß er zum roten Verband übergetreten sei. Daran ist selbstverständlich kein wahres Wort. Den Namen des angeblich Uebergetretenen hat man trotz wiederholter Aufforderung nicht angeben können.

Die sozialdemokratische Falschmünzerei wird verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ihr Parteipapst Lautsky schrieb: „Die Pflicht der Wachsamkeit hat man dem (christlichen) Gegner gegenüber nie anerkannt.“ Und Dr. Quark sagte gemäß Protokoll des Mainzer Parteitages S. 224: „Wir Sozialdemokraten mögeln, wo wir nur mögeln können“.

Merlohn. Ein lang gehegter Wunsch der hiesigen Arbeiterschaft ist nun endlich in Erfüllung gegangen, indem der hiesige Fabrikantenverein in einer am 9. d. M. d. M. stattgefundenen Sitzung beschloß: „In den Betrieben der Vereinsmitglieder an den Samstagnachmittagen die Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen, ohne Kürzung des Lohnes.“ An dieser Reform hat neben dem sozialen Verständnis der hiesigen Arbeitgeber auch unser christlicher Metallarbeiter-Verband reichen Anteil. Es war am 1. März d. J. als in den hiesigen Wätern ein „Eingeländ“ erschien, das, gestützt auf eine früher abgegebene Erklärung des Fabrikantenvereins, jederzeit berechtigten Wünschen und Beschwerden der Arbeiter Gehör schenken, eine Verkürzung der Arbeitszeit, die jetzt von 7—7 Uhr dauert, auf 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends wünschte. Ein sofort einsehender Meinungsanstand ließ aber erkennen, daß dies nicht den Beifall der Arbeiter fände. Nunmehr wurde wiederum in der Presse ein Eingeländ veröffentlicht, das nicht eine Verkürzung, sondern eine Verkürzung der Arbeitszeit forderte. Es wurde gefordert für die Sommermonate April bis September die Arbeitszeit auf 6 1/2 Uhr morgens bis 6 Uhr abends festzusetzen, damit die Arbeitszeit täglich um eine halbe Stunde zu verkürzen. Diese Forderung wurde eingehend und sachlich begründet. Mit dem Hinweis auf den veldersseitigen Gewinn bei einer Verkürzung, sowie unter Aufzählung der durch überlange Arbeitszeit verursachten hohen Krankheits- und Unfallziffern, forderte der Eingeländer die Verkürzung der Arbeitszeit im nationalen und vaterländischen Interesse.

Diese sachlichen Anregungen machten allseitig Eindruck und die Arbeiter setzten sich nach dem Standpunkt der Arbeitszeitverkürzung. Die Frage „Sommerarbeitszeit“ bildete in der Presse fast ein ständiges Kapitel; mancher für und wider erschien, bis der Fabrikanten-Verein jetzt durch oben erwähnten Beschluß der Sache einen bestrebigen den Abschluß gab. Die Arbeiterschaft hat nun den Vorteil, diesen Erfolg kann die Forderung der Arbeiterschaft neben den Arbeitgebern den christlichen Gewerkschaften zuschreiben. Der „nationale Arbeiter“ ist ein Mitglied unseres christlichen Metallarbeiter-Verbandes. Er war es, der durch seine sachliche und überzeugende Art den Beweis der Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung erbracht, der als erster überhaupt den Gedanken der Verkürzung in die Debatte warf und diesen auch wiederholt verteidigte. Auch wurde seitens unserer Ortsverwaltung Merlohn ebenfalls ein Antrag an den Fabrikantenverein gerichtet, der die Verkürzung der Arbeitszeit forderte. Gerade die sachliche und eingehende Behandlung der Frage mag mitbestimmend auf die Herren Arbeitgeber gewirkt haben. Wodurch 1 Stunde macht im Jahre 52 Stunden oder 5 Tage, die der Arbeiter weniger zu arbeiten braucht und dabei finanziell keinen Schaden hat. Ob die unorganisierten daraus die richtige Lehre ziehen und dem christl. Metallarbeiter-Verbande beitreten werden? Namentlich diejenigen mögen sich diese Frage einmal überlegen, die immer und immer sagen: Der Verband muß erst mal etwas leisten. Eine eigenartige Rolle haben die Sozi bei dieser Sache gespielt. 6 Wochen bildete in der Fabrik und in der Presse die Frage der „Sommerarbeitszeit“ das ständige Kapitel. Aber mit keiner Silbe, weder wörtlich noch schriftlich verteidigten die Sozialdemokraten die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung. Das hindert die Gewerkschaften aber nicht, die Früchte unserer Tat mit einzuhelfen, trotzdem man nichts getan hat; und dann noch ihren Leuten das Dogma weiter zu predigen: „Nur die Sozi vertreten die Arbeiterinteressen und kämpfen für die Hebung der Lage des Arbeiterkandes.“ In ihren Früchten lernt man sie erkennen. Meles Schweigen in der ganzen Angelegenheit ist geradezu auffallend. Metallarbeiter Merlohn! Bleib aus dem obigen Bericht die richtige Anwendung. Tretet dem christlichen Metallarbeiter-Verband bei, dort findet ihr den richtigen Halt und die beste Stütze in allen Lagen des wirtschaftlichen Lebens. Bedenkt:

Der große Mann geht seiner Zeit voraus,
Der Kluge geht mit ihr auf allen Wegen,
Der Schlaupfropf heftet sie gehdrlig aus,
Der Dummkopf stellt sich ihr entgegen.

Rebach (Pfalz). Auch hier hat unter den Zechenhandwerkern und Maschinisten der christliche Metallarbeiter-Verband seinen Einzug gehalten. Am Sonntag den 17. April referierte hier der Grubenschlosser Kettenhofen-Quierschub über: „Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Zechenhandwerker und Maschinisten der königlich-bayerischen Gruben.“ Neben schilderte in beredten Worten den Wert der Organisation und wie eine moderne Standesbewegung sein muß. Nicht zu bedeutungslosen Krankenkassen darf sie herabsinken, sondern muß bei ihrem ganzen Wirken von dem Idealismus, der Begeisterung der Mitglieder getragen werden. Der christliche Metallarbeiterverband hat hier im Saarrevier in kurzer Zeit große Erfolge erringen können, trotz der Masse von Feinden, die mit aller Macht den Verband bekämpfen. Der Idealismus der Zechenhandwerker und Maschinisten wirkt trotzdem bahnbrechend und allorts werden neue Ortsgruppen gegründet. Reicht der Beifall und Erfolg lohnte den Redner für seine ausführenden Worte indem sich sofort sämtliche Anwesende bis auf einen dem christlichen Metallarbeiter-Verband anschlossen. In der Diskussion ermahnte ein Kollege zur Eingeit, denn nur dann wäre es möglich, auch praktische Erfolge zu erringen. Nach einem begeisterten Schlußwort, in welchem der Referent die neu gewonnenen Kollegen ermahnte, die heute zur Schau getragene Begeisterung nicht wie ein Strohhalm zerfliegen zu lassen, sondern nun ernst und geschlossen ständlg mitzuarbeiten an der wirtschaftlichen Besserstellung der Zechenmetallarbeiter und Maschinisten, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Frank. Die Beschäftigung in einigen Betrieben hier am Ort machen eine Besprechung derselben unbedingt notwendig. Bei der Firma C. Fr. Ern, Messermesserfabrik in Wald, sind die Löhne bedauerlich niedrig, daß sich nicht einmal mehr genügend Arbeitskräfte der Firma zur Verfügung stellen. Sie war gezwungen durch einen ihrer Schlossermeister Leute von auswärts anzuwerben zu lassen. Der Versuch war von Erfolg gekrönt, indem 25 junge Leute sich zur Arbeit herbeischickten. Nicht lange dauerte die Herrlichkeit. Kaum waren die Leute da, als sie sich Vorwürfe geben ließen und verschwanden. In diesen Verhältnissen sind die Arbeiter selbst schuld, weil sie die Notwendigkeit des Zusammenschlusses immer noch nicht begriffen haben, und so der Firma, einer scharfen Gegnerin der Organisation, bedingungslos ausgeliefert sind.

Mehrlach liegt die Sache bei der Firma Darmann u. Cie., Schlossfabrik in Wald, die ebenfalls auf Grund ihrer mangelhaften Lohnwirtschaft gezwungen war, Agenten auf die Arbeiterjunge zu schicken. Bei diesem Anwerben wird insbesondere jungen Leuten von 14 Jahren versprochen, sie könnten dort eine gebiegene fachliche Ausbildung erfahren. Mit solchen Leuten, die diese Versprechungen glauben, wird nur ein Vertrag abgeschlossen, der seinem Inhalt wegen wertlos ist, der Dummheit überantwortet zu werden. In diesem Vertrag befindet sich u. a. folgende bezeichnende Bestimmung:

„Dagegen verpflichtet sich Herr . . . seinen Sohn . . . nach beendeter Lehrzeit noch weitere drei Jahre in den Werkstätten der Firma Darmann u. Cie. in geschultem und lohnendem Arbeitsverhältnis zu belassen. Ist im Lehrlingsheim ein Platz frei, so ist die Firma gern bereit, den jungen Mann auch nach beendeter Lehrzeit Unterkunft und Verpflegung im Lehrlingsheim gegen Bezahlung von Kost und Logis nach den örtlichen Sätzen zu gewähren. . . .“

Der Lohn, welcher dem Lehrling nach Abzug des Beitrages zu den Verpflegungskosten im Lehrlingsheim und den eventl. sonstigen Auslagen verbleibt, wird durch die Firma Darmann u. Co. bei einer Sparkasse zinsbringend angelegt. Das Sparkassenbuch wird von der Firma Darmann u. Co. aufbewahrt und dem Lehrling nach beendeter dreijähriger Lehre mit ausgehändigt.

Es ist gewiß bezeichnend für diesen Betrieb, daß nur verträglicher Zwang imstande ist, das notwendige junge Blut auch über die Lehrzeit hinaus zu halten. Wie es überhaupt mit dem Verdienst dieser Leute aussieht, möge folgenden be- weisen: Im 1. Jahre beträgt der Lohn pro Tag 1 Mark, im 2. Jahre 1,10 Mk., und im 3. Jahre 1,25 Mark. Die Verpflegungskosten im Lehrlingsheim betragen im 1. Jahre 75 Pf., im 2. 0,85 Mk., und im 3. 1 Mk., jedoch also der Uebererschuß, soweit er nicht durch Strafen usw. noch vermindert wird, 0,25 Mark beträgt. Graciatlich dieser Tatsache ist auch die einzige Wagnung an die Eltern am Platze, ihre Söhne nicht durch solchen Vertrag zu binden, zumal auch in der Arbeiterkassette die Anschauung herrscht, daß es mit der gepriesenen gebiegenen Ausbildung recht windig aussieht.

Für die Arbeiter aber ergibt sich die Pflicht, durch Stärkung der Organisation solche Mißstände aus der Welt zu schaffen. Der Einzelne ist hier machtlos. Hier kann nur eine starke Organisation zum Ziele führen. Mächtig deshalb die Kollegen, die durch ihren Individualismus die Schuld an diesen Zuständen tragen, sich auf sich selbst besinnen und mit uns vereint im christl. Metallarbeiter-Verband an der Schaffung günstiger wirtschaftlicher Verhältnisse im bergischen Lande wirken.

Chemnitz. Für unsere Bewegung ist Chemnitz ein sehr schwieriges Gebiet. Die mannigfachen Hindernisse stellen sich hier unserer Entwicklung in den Weg. In erster Linie haben wir gegen eine sozialdemokratische Uebermacht anzukämpfen, da Chemnitz der Hauptsitz der sächsischen Sozialdemokratie ist. Sodann werden wir von den P.-D. und was am bedauerlichsten ist, auch von den örtlichen katholischen Gesellensvereinen heftig bekämpft. Trotzdem ist es uns gelungen, nicht nur Stand zu halten, sondern sogar Fortschritte zu erzielen.

Diese Tatsache konnte mit Befriedigung festgestellt werden in unserer 1. Vierteljahrs-Generalversammlung. Auch die Finanzgebarung zeigt ein befriedigendes Bild. Mitgliederversammlungen fanden vier statt. Dieselben waren ziemlich gut besucht. Vorstandssitzungen wurden zwei abgehalten. Nach Erstattung des Tätigkeitsberichts referierte der Vorsitzende noch kurz über die Notwendigkeit der Organisation und ermunterte zu tatkräftiger agitatorischer Tätigkeit, dann wurde auch das 2. Vierteljahr ein Abschnitt des Fortschritts sein.

Sodann machen wir darauf aufmerksam, daß durchreisende Kollegen gutes und billiges Nachtquartier im Hotel „Preußischer Hof“ erhalten. Dort finden auch jeden 1. Sonntag im Monat unsere Mitgliederversammlungen statt und zwar morgens um 11 Uhr. Kollegen von Chemnitz, wenn wir auch hier gegen eine Uebermacht von Gegnern anzukämpfen haben: wir wollen unentwegt die Fahne unseres christlichen Metallarbeiterverbandes hochhalten und durch eifrige agitatorische Tätigkeit immer an der Ausbreitung unserer Gruppe wirken. Uns zu Ruh, dem Gegner zum Trutz.

Landau (Pfalz). Wenn wir zur Veröffentlichung nachsehender Zeilen schreiben, so geschieht dieses nach reiflicher Ueberlegung und in dem Bewußtsein, daß eine längere Zurückhaltung vom Uebel ist. Die Zustände bei der Firma Haus, L.-G. sind es, welche uns die Feder zur öffentlichen Kritik in die Hand drücken. Nicht genug damit, daß die Arbeiter unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre hier vieles leiden mußten, tut die Firma alles, um den bei ihr beschäftigten Arbeitern das Joch so unerträglich wie möglich zu machen. Besonders Herr Heinrich B. scheint den Versuch in die Hand zu nehmen, die Arbeiter auf die verletzende Art Weise zu behandeln. Zu willkürlichen „Arbeitsregulierungen“ scheint er ein Meister zu sein. Noch vor kurzem mußte ein Arbeiter sich demnach gefallen lassen, von dem Vorstande durch den Arbeitgeber erlassen. Kurzhand hatte man dem betr. Arbeiter den Lohn ohne Einholung der diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften, so reguliert, daß der betr. Arbeiter eine Ermäßigung von 2 Pfennig pro Stunde in Kauf nehmen sollte.

Am Gewerbegericht soll Herr B. dann noch seine auch im Betriebe angewandten Umgangsformen hervorgekehrt haben. Er soll sich angeeignet der für ihn gewiß nicht vorteilhaftesten Situation nicht geschämt haben, den um sein Recht und verbilligten Lohn kämpfenden Arbeiter als „Lottel“ und „Fallenzer“ zu titulieren. Welche Passionen, nicht wahr? Besonders wenn man bedenkt, daß der betr. Arbeiter Herr B. mehrere Jahre gut genug war, die verteilten Dividenden verbienen zu helfen. Jedoch Herr B. macht anscheinend keinen Unterschied in der Person, noch bezüglich des Ansehens.

In obigem Falle vor dem Gewerbegericht vom Herrn Bürgermeister von Landau darauf hingewiesen, daß doch der Meister des betr. Arbeiters die Michtigkeit der Angaben bestätigt habe, erklärte er: „Das ist gerade so ein Kindvieh.“ (Ist das nicht „sein“?)

Der Widmung halber duldet Herr B. auch nicht, daß sich die Arbeiter während der Pausen im Betriebe aufhalten. Sie sollen in den Speiseaal gehen. Als dieser Befehl kürzlich wieder in verächtlichem Tone verkündet wurde, erlaubte sich ein Arbeiter die Bemerkung: daß man sich im Speiseaal ja nicht vor Dreck und Gestank aufhalten könne, da derselbe zur Antreiberwerkstatt gemacht worden sei. Daß besonders Lische und Wänle mit Farbe usw. beschmiert seien, so daß es keinem anständigen Arbeiter zugemutet werden könne, dort seine Mahlzeiten einzunehmen. Als Herr B. das hörte, tat er aufs höchste entsetzt und meinte: „Was? Welch ein Dreck. . . Ich hat da noch was zu sagen?“ So und noch ähnlich geht es jedem, der gegen die ungeschicklichen Zustände in besagtem Betriebe auch nur etwas zu sagen wagt. Herr B. will keine Arbeiter, die Rechte haben, sondern nur solche, die unbescheiden die ihnen auferlegten Pflichten, wie der Dache das Joch, übernehmen und sich durch Beschimpfungen dafür noch moralisch peitschen lassen. Er will Heloten, damit man umso leichter und bequemer den eigenen Besitz vermehren kann. Das ist ihm bisher auch zum größten Teil gelungen, weil die Arbeiterkassette eben gar nicht oder nur in der billigen Lohnorganisation vereinigt war, die nichts für sie unternahm. Hoffentlich lernen die noch dem christlichen Metallarbeiterverband fernstehenden Kollegen, daß nur in diesem ihr Platz ist, wenn sie bessere Verhältnisse haben wollen.

Lüdenscheid. Nunmehr ist es unserem Verbandsorgan, auch hier am Orte festen Fuß zu fassen. Es ist dies besonders deshalb zu begrüßen, weil die auf christlichem Boden stehende Arbeiterschaft vielfach gezwungen wurde, dem sozialdemokratischen Verbandsbeitritt. Das ist jetzt anders geworden. Den christlichen Arbeitern von Lüdenscheid ist nunmehr Gelegenheit geboten, ohne Preisgabe ihrer religiösen Ueberzeugung mitzuwirken an der notwendigen Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage.

In der am 13. April jüngstgeendeten ersten Generalversammlung wurde der Vorstand gewählt und Richtlinien für die Weiterarbeit gezogen. Insbesondere wurde dabei auf die Notwendigkeit der Hausagitation hingewiesen. Leider stehen noch viele Kollegen gleichgültig zur Seite. Diese bis auf den letzten dem Verbandsbeitritt zuzuführen, sei das Ziel und der Inhalt unseres Strebens. Dem Mutigen gehört die Welt.

Sinsheim a. d. E. (Babn). Seit einigen Monaten stehen die Arbeiter des Sta. u. Smaltzwerkzeug-Fabrik Gumbel & Co. hier in einer Lohnbewegung. Sinsheim ist nur eine kleine Bezirksamtstadt mit einer überwiegen landwirtschaftlichen Umgebung. Trotzdem treibt der Geist der Schmarhader hier genau dieselben Blüten, wie in einer von der Großindustrie beherrschten Großstadt. Seit Jahren kämpft ein Teil der 150 Arbeiter obengenannten Werkes um Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Schon mußten wir in den Jahren 1906 und 1907 mit oben genannter Firma in Gemeinschaft mit dem christl. Hilfs- und Transporthilfsverband den Kampf aufnehmen. Durch Verhandlung mit den Organisationsvertretern kam damals nach mehrwöchentlichem und zuletzt nach Schwelendlichem Kampfe eine Vereinbarung zustande, die den Arbeitern aber nicht genügte. Aber es ließ sich damals nicht mehr erreichen.

Diese Vereinbarung lief am 17. März dieses Jahres ab. Nach einer Reihe von Versammlungen und Kommissionsuntersuchungen wurde der Firma ein neuer Tarifvertragsentwurf unterbreitet. In der Hauptsache wurde gefordert: Für Ueberstunden ein Zuschlag von 20 Proz., für Nachtarbeit 30 Proz. und für Sonn- und Feiertagsarbeit 50 Proz. Als Mindestlöhne sollten nachstehende Sätze gelten: Für gelernte Arbeiter bis zum 20. Lebensjahre nicht unter 32 Pfennig die Stunde; von da ab nicht unter 36 Pf. Für ungelernete Arbeiter bis zum 20. Lebensjahre nicht unter 24 Pf. und vom 20. Lebensjahre ab nicht unter 28 Pf. pro Stunde. Für jugendliche Arbeiter nicht unter 25 Pfennig, vom 16. Lebensjahre ab nicht unter 20 Pf.; für jugendliche Arbeiterinnen nicht unter 13 Pf., vom 16. Lebensjahre ab nicht unter 16 Pf. die Stunde. Die Nachschichtarbeiter sollten einen Zuschlag von 30 Pf. pro Schicht erhalten. Im zweiten Vertragsjahre sollte eine weitere Zulage für alle Arbeiter und Arbeiterinnen eintreten. Außerdem wurden Verbesserungen in hygienischer Beziehung verlangt und eine anständige Behandlung der Arbeiter gefordert.

Am 15. März teilte die Firma mit, daß sie davon absehe, nochmals einen neuen Tarif abzuschließen und deshalb auch in keine Verhandlungen eintrete. Ihre Arbeiter hätten alle einen angemessenen Lohn. Die Firma würde lieber ihren Betrieb schließen, als sich zu irgend einem Tarifvertrag drängen zu lassen. Falls durch Unterstützung der Organisation ein Streik veranlaßt würde, so würde sie in Zukunft keinen Mann mehr beschäftigen, der diesen Organisationen angehöre.

Solche Tiraden und Drohungen hätten nicht die geringste Beachtung verdient, wenn die Organisationsverhältnisse danach gewesen wären. Diese waren aber durchaus ungenügend. Mehrere Versammlungen wurden angesetzt, um die Arbeiter von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu überzeugen. Allein die Arbeiter blieben aus. Ob aus Interesselosigkeit oder Feigheit, wollen wir nicht untersuchen. Herr Gumbel zog die Konsequenzen aus dem stillschweigenden Verhalten seiner Leute und legte eine Vermittlung seitens des Bezirksamtsmanns ab.

Daß bei den schlechten Organisationsverhältnissen ein Streik eine Torheit gewesen wäre, bedarf wohl keiner weiteren Begründung. Das wurde auch von Vertretern des sozialdem. Metallarbeiterverbandes zugegeben. Nur einige vom Sozialistenkoller befallene fragwürdige Elemente erachteten die Gelegenheit für günstig, um gegen die christl. Führer zu hetzen. Sogar in unsere am 25. April einberufene Mitgliederversammlung, wozu nur Mitglieder per Karte eingeladen waren, erschienen diese Gellen, um ihr unsauberes Handwerk fortzusetzen. Erst durch Hinweis auf den Hausfriedensbruchparagrafen konnten die Brandstifter entfernt werden. Es bezeichnend so recht die Unfähigkeit solcher Elemente, zur Besserung der Lage ihres Standes tätig zu sein. Sie können nur niederrücken. Jedes Kühle und vorichtige Ermägen und Intervenieren ist ihnen unmöglich. Das ist die wahre Frucht der sozialdemokratischen Erziehungsmethode.

Mögen die Arbeiter der Firma Gumbel das erkennen und nimmere an die systematische Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes herantreten, dann ist für sie auf gehoben nicht aufgehoben.

Viterarisches.

Sozialdemokratischer Wahlschwindel vor Gericht. Ein Beweis für die krupellose Bekämpfung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter. 66 Seiten. Preis 15 Pf. Christlicher Gewerkschafts-Verlag, Köln, Palmstraße 14.

Die Entladung einiger führenden Leute des alten, sozialdem. Bergarbeiterverbandes bezügl. des Schwindelflugblattes mit der insamen verleumderischen Behauptung, der frühere Vorsitzende des christlichen Gewerbevereins, Brust, habe von Besenbesitzern 30 000 Mk. Schmiergelder erhalten, hat in der ganzen Öffentlichkeit berechtigtes Aufsehen erregt. Der sozialdemokratische Verband strengte gegen den Redakteur des „Bergknappen“, Kollegen Imbusch, Klage an, der jedoch die Anklage durchaus nicht gereinigt hat. Im Gegenteil, es wurde gerichtlich festgestellt, daß Beamte des vollen Verbandes das Schwindelblatt veranlaßt und verbreitet haben und daß der Vorsitzende Sache davon gewußt hat. In der Broschüre haben wir einen stenographischen Bericht des Prozeßes, der sowohl in seinen Einzelheiten als auch als Ganzes für jeden christlichen Gewerkschaftler von sehr großem Interesse ist. Er wirft ein grelles Licht auf die Kampfmoral der sozialdemokratischen Gegner.

Sterbetafel.

Magdeburg-Otterbergen. Am 3. Mai starb unser Kollege Helmud Meißner im Alter von 28 Jahren an Lungentuberkulose. Chre seine in Andenken.

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen! Versammelt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Duisburg.** Unsere Quartals-Versammlung mit Vierteljahrsbericht findet statt am Sonntag, den 22. Mai, nachmittags 4 Uhr im Germaniaaal in D.-Ruhort, Landwehrstr. Alle Mitglieder der Ortsgruppe Groß-Duisburg erscheinen.
 - Düsseldorf.** (Altepler und Installateure.) Freitag, den 20. Mai, abends 9 Uhr im Lokale Reuter, Ecke D.- und Klosterstr.
 - Düsseldorf-Oberkassel.** Sonntag, den 22. Mai, vorm. 11 Uhr im Lokale Boijen, Luegallee.
 - Düsseldorf-Gerresheim.** Sonntag, den 22. Mai, vorm. 11 Uhr im Lokale „Zum roten Faß“, Grünwäldchen.
 - Düsseldorf-Beurath.** Samstag, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Lokale Lampenicher, Mittelstraße.
 - Düsseldorf-Meuf.** Sonntag, den 22. Mai, nachmittags 5 Uhr im Lokale Hermerden, Neuestraße.
 - Düsseldorf-Ratingen.** Sonntag, den 22. Mai, abends 6 Uhr im Lokale Hallen, Bahnstraße.
 - Essen-Kleingewerbe.** Samstag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße.
 - Gelsenkirchen-Wulfke.** Samstag, den 14. Mai, abends punkt 7 1/2 Uhr bei Lüg.
 - Gelsenkirchen-Sorff.** (Amischer). Freitag, den 13. Mai, abends 8 Uhr bei Schmiering.
 - Ludwigshafen.** Samstag, den 28. Mai, abends 9 Uhr Mitgliederversammlung im Gesehenheim.
 - M. Voich.** Sonntag, den 22. Mai, nachm. 6 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Höhle, früher Plettenberg.
 - M. Eyrum.** Sonntag, den 22. Mai, morgens 10 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Union. Unorganisierte mitbringen.
 - Recklinghausen.** Sonntag, den 22. Mai 11 Uhr Versammlung bei Post.
 - Ravensburg-Weingarten.** Samstag, 21. Mai, abends 8 Uhr im Lokal „Goldenes Kreuz“ in Weingarten Mitglieder-Versammlung.
 - Wallauf.** Samstag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr Vorstands- und Vertrauensmännerfrüfung bei Kollege Gaimbach, Hauptstraße.

Einladung.

Am Donnerstag, (Frohnleichnamstag) 26. Mai, vormittags 11 Uhr findet in München, Wilmayergarten Schillerstraße 16 die diesjährige Konferenz des Bezirkes Südbayern statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Generaldiskussion.
3. Wie sichern wir unsere Zukunft. Referent: Kollege Wagner.
4. Nejerat des Kollegen Wieser.
5. Wahl des Bezirksauschusses.

Die Delegierten werden ersucht, rechtzeitig in München zu sein, damit die Verhandlungen keine Verzögerung erfahren.

Der Bezirks-Auschuß.

S. A.: Wagner.